SDAJ- und D'K'P-Führer – Wegbereiter des imperialistischen Krieges Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 33 vom 25. August 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Pierburg/Neuss

Mit gezogener Pistole gegen Streikende

13.8.1973 - Um 5,10 Uhr ziehen an den wichtigsten Punkten der A. Pierburg AG Agitationsgruppen auf. Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Betrieb rufen zusammen mit griechischen Genossen und Mitgliedern und Sympathisanten der KPD/ML und Rote Garde die eintreffende Belegschaft der Frühschicht zum Streik auf. Die Forderungen sind: **Eine Mark mehr - Weg mit Lohngruppe 2!** Es bilden sich Diskussionsgruppen vor dem Tor. Die Werksleitung fordert über Notruf Polizei an. Um 6 Uhr treffen fünf Mannschaftswagen mit Sirene und Blaulicht ein, und die Polizisten gehen sofort mit Schlagstöcken gegen die Gruppen vor. Ein Grieche fotografierte den brutalen Einsatz. Als ihm ein Bulle die Kamera wegnehmen will, wirft er sie einem anderen Griechen zu, der damit wegläuft. Der Bulle verfolgt ihn und wird seinerseits von vier Leuten der Initiativgruppe verfolgt. **Der Bulle zieht die Pistole und lädt durch, wobei er eine Patrone verliert, richtet die Pistole auf einen seiner Verfolger und versucht Festnahme wegen "Landfriedensbruch". Er wird von den drei anderen angerempelt. Ein Grieche stellt sich vor ihn hin und sagt: "Schiess doch!" Mehrere Frauen stürzen sich auf die Bullen und befreien einen Griechen, der früher im Werk gearbeitet hat und als Kommunist bekannt ist.** Die Frühschicht bleibt vor dem Tor stehen.

14.8.1973 - In der Früh wieder Streikende vor dem Tor, ca. 300. Wieder geht die Polizei gegen Streikende vor, schlägt wahllos zu und wird ihrerseits von ca. 50 Frauen angegriffen. **Einem Bullen werden die Schulterstücke heruntergerissen.** Eine Frau wird von den Bullen am ganzen Körper blaugeschlagen. Die Polizei versucht über Megafon, zu den Streikenden zu sprechen, wird niedergebrüllt. Ein grosser Teil der Normalschicht schliesst sich den Streikenden an. Das Werkstor wird geschlossen. Unablässig rufen die Streikenden am Tor die Forderungen und die Parolen **"Alle raus!"** und **"Solidarität!"** Viele Frauen klettern über das Werkstor und schliessen sich dem Streik an. Andere versorgen trotz striktem Verbot durch die Werksleitung die Streikenden aus der Werkskantine mit Essen, Getränken und Zigaretten. Kaum jemand arbeitet noch im Werk, trotz Antreiberei durch Meister und Vorarbeiter. Um 11,30 Uhr schickt die Werksleitung die Restbelegschaft nach Hause, fordert aber auf, am nächsten Tag zur Arbeit zu kommen. Die Streikenden bilden einen Streikrat.

15.8.1973 - Zurückweichlerische Elemente im Streikrat, griechische Togliatti-Revisionisten, setzen durch, dass keine Streikposten aufgestellt werden, "keine Gewalt" angewandt wird, und dass politische Parteien beim Streik nicht offen auftreten dürfen. Die Werksleitung lässt hinter dem Tor eine Eisenkette ziehen, die nach zwei Minuten von den Frauen gesprengt wird. Ein Teil der Streikenden geht mit den "Arbeitswilligen" ins Werk, wo Meister und Vorarbeiter die Belegschaft scharf bewachen, aber niemand die Arbeit aufnimmt. **Zivilbullen in Arbeitskitteln treiben im Werk zur Arbeit an, ohne Erfolg.** Die Streikenden im Werk marschieren durch alle Abteilungen und fordern zum Streik auf. Der Aufruf wird zu 80% befolgt. **Ein Seitentor wird gegen den Einspruch der Togliatti-Revisionisten von den Frauen aufgebrochen.**

16. 8.1973 - Etwa 300 Frauen stehen vor dem Tor und rufen unablässig die Forderungen und die Losungen, im Betrieb wird nicht gearbeitet. **Ein deutscher Arbeiter bringt mit seiner Frau seine beiden Töchter vor das Werk, wo sie sich mit einer Tafel aufstellen, auf der steht: "Vater, wir brauchen Brot!"** Die deutschen Facharbeiter aus dem Werkzeugbau stellten der Werksleitung ein Ultimatum: Bis 9 Uhr Verhandlungen mit dem Streikrat, oder der Werkzeugbau tritt in den Streik.

Fortsetzung auf Seite 3



Für den vollständigen Sieg der indochinesischen Völker

Im Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Bande von Handlangern um Lon Nol hat sich die glänzende Lage des kambodschanischen Volkes weiterhin verbessert. Die Einstellung der Bombardierungen durch die US-Luftwaffe ist ein hervorragender Erfolg des kambodschanischen Volkes, aber auch ein Erfolg der internationalen Solidarität der Völker der Welt, insbesondere auch der fortschrittlichen Menschen in den USA, die seit Jahren für die Einstellung der US-Verbrechen in Indochina kämpfen.

Der Vertreter der Nationalen Union von Kambodscha in Europa, Chau Seng, bezeichnete die Einnahme Pnomh Penhs vor kurzem nur noch als "eine Frage der Zeit". Militärisch sei alles bereit für die Einnahme Pnomh Penhs, man müsse jedoch auch politisch bereit sein. Jedes unnötige Blutvergiessen solle verhindert werden. Bereits jetzt befinden sich Einheiten in der Stadt, die die Bevölkerung vorbereiten.

Während die Truppen Lon Nols zu tausenden in die befreiten Gebiete übergehen, Lon Nol immer mehr Kinder im Alter von 9 bis 11 Jahren in seine Armee presst, hat die US-Marionette Thieu in Saigon 10 000 Mann ausheben lassen und nach Kambodscha zur Unterstützung der Lon-Nol-Bande entsandt. In unverschämter Weise suchen die US-Imperialisten diesen Verstoss gegen das Pariser Abkommen zu rechtfertigen. Der Stellv. Verteidigungsminister der USA, Clements, teilte in einer Erklärung mit: Die Saigoner Thieu-Regierung sei davon in Kenntnis gesetzt worden, dass Waffen und Ausrüstungen aus amerikanischen Beständen und Lieferungen nicht zur direkten Unterstützung von Kambodscha oder Laos eingesetzt werden dürften. **Es gebe jedoch keine Vorschriften, die es südvietnamesischen Truppen verbieten, amerikanische Waffen "bei der Säuberung von kommunistischen Widerstandsnestern in Kambodscha einzusetzen, die eine Bedrohung Südvietnams darstellen." (SZ, 18. Aug.).**

grundlegend zugunsten der Völker Indochinas entwickelt. Aber immer noch stehen die Völker Indochinas grossen Aufgaben gegenüber: Überall versucht der US-Imperialismus weiterhin Boden zurückzugewinnen. Abkommen, wie das von Vientiane in Laos oder das Pariser Abkommen für Vietnam mit der erneuten Zusatzerklärung vom 13. Juni, durchbrechen die US-Imperialisten mit ihren Marionettenregierungen ständig.

Der Chefdelegierte der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, Nguyen Van Hieu, warf den Thieu-Truppen 42 000 Waffenstillstandsverletzungen innerhalb von sechs Wochen vor. Immer wieder versuchen die Thieu-Truppen Stück für Stück der von der Revolutionsregierung kontrollierten Gebiete zu erobern. Das Zurückwerfen dieser Angriffe durch die Truppen der Revolutionsregierung versuchen sie dann als Angriffe zu deklarieren. Van Hieu sagte: "Sie spielen die bekannte Komödie des Diebes, der 'Haltet den Dieb' schreit."

Fortsetzung auf Seite 5



Die Roten Khmer werden vom Volk unterstützt

Zugleich drohen die USA der Regierung der DRV, falls Nordvietnam oder der Vietcong das kambodschanische Volk gegen diese Aktionen unterstützen würde, die Bombardierung Nordvietnams erneut wieder aufzunehmen. Diese erneute ungeheure Eskalation ihrer Aggressionspolitik in Indochina zeigt, dass die US-Imperialisten zwar grosse Niederlagen in den Schlachten erlitten haben, dass der US-Imperialismus aber weiterhin in Indochina alles daran setzt, seine Macht als neokolonialistischer Herrscher zu bewahren.

Chau Seng betonte daher auch, dass die vorläufige Aufhebung der US-Bombardierungen nicht das Ende der amerikanischen Aggression bedeuteten. So würden in Kambodscha jetzt noch hunderte US-Militärberater die Operationen der Lon-Nol-Truppen anführen. Ebenso finden ständige Aufklärungsflüge amerikanischer Militärmaschinen statt.

Die Lage in Indochina hat sich

Aus dem Inhalt

Nieder mit dem Westberlin-Schacher! S.2
Hart wie Kruppstahl S.2
1.Mai Strafbefehl S.2
Streik bei AEG-Küppersbusch S.3
Kassieren – 'Basisarbeit' S.3
Technischer Fortschritt im Kapitalismus? S.3
Fluglotsen schlagen zurück ... S.4
Verstärkte Aktionen gegen Zionisten S.4
Verzweiflungsakte der Zionisten S.4
KZ's in Irland S.5
SDAJ und imperialistischer Krieg S.6
Freiheit für Uli Kranzusch! S.7
Hände weg von Ulrike Meinhof S.7
Albanien blüht S.8

Hart wie KRUPP -Stahl

Neben seinen Friedensbeteuerungen stellt der westdeutsche Imperialismus in zunehmendem Masse Militarismus und Aufrüstung heraus. Wurde bisher die Bedeutung der westdeutschen Rüstungsmonopole heruntergespielt, und zum grossen Teil verschwiegen, so soll jetzt das Volk an Aufrüstung und Soldaten gewöhnt werden. Die Parole heisst: 'aktive Verteidigung'. Dazu gehört auch, dass die Bevölkerung bereits daran gewöhnt werden soll, freiwillige Entbehrungen auf sich zu nehmen. Heute für die 'Stabilität', sprich die Höchstprofite des Kapitals. Später, wenn es die Höchstprofite erfordern und die Situation politisch und militärisch reif ist, sollen dann die Kanonen an die Stelle der Butter treten.

Das grösste Geschäft für die Monopole hiess von jeher Rüstung und Krieg. Aber wie Siemens, AEG-Telefunken, Krauss-Maffei usw. hat auch der Krupp-Konzern mit MAK Kiel, Stegmann, Weserflugzeugbau, Gesellschaft für Systemtechnik die Milliardenaufträge der Bundeswehr verschleiert.
Krupp-Vorstandsvorsitzender Mommsen, der als Staatssekretär im Bonner Kriegsministerium die Koordinierung der westdeutschen Rüstungskonzerne ausarbeitete, ging nicht ohne Grund zu Krupp.

Heute besteht für die alten Kriegstreiber kein Grund mehr, ihre Kriegsproduktion völlig unter den Tisch zu lügen. Der Verrat der sozialimperialistischen Führung der Sowjetunion, die abgeschlossenen Verträge haben ihn politisch wieder hoffähig gemacht, machen ein offeneres Auftreten als Nachfolger des alten 'Deutschen Reiches' wieder möglich. Ein Beweis dafür ist das offene Auftreten des Krupp-Konzerns.

Die Zeitschrift 'Wehr und Wirtschaft' 7/8 1973 schreibt dazu: "Nach aller Erfahrung wird sich dieses demonstrative Engagement sehr bald auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Krupp-Unternehmen zeigen. Niemand wird behaupten wollen, dass dieser Wandel in der Unternehmensführung des Krupp-Konzerns gerade diesem die geringste Imagegefährdung einbringen könnte, schon gar nicht in Richtung einer Gefährdung seiner Exportgeschäfte mit der UdSSR und anderswo. Es steht zu hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht."

Natürlich haben die sozialimperialistischen Herrn im Kreml nichts dagegen, wenn die DBR gegen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker vorgeht. Schliesslich haben sie ihr Komplott mit den US-Imperialisten zur gemeinsamen Unterdrückung der wachsenden Front der Weltrevolution geschmiedet. Die bei Krupp umgerüsteten Panzer sind, wie jetzt in der bürgerlichen Presse zu lesen ist, für die südafrikanischen Rassisten und die portugiesischen Faschisten bestimmt. Die 'gute alte Tradition' der deutschen Rüstungskonzerne – Hart wie Krupp-Stahl – mussten das deutsche Volk und die Völker der Welt zweimal mit ihrem Blut bezahlen. Inflation, Arbeitshetze, politische Unterdrückung sind der Preis, den die Werktätigen heute schon für einen geplanten zukünftigen Krieg bezahlen sollen.

Die D'K'P weiss, wie entschlossen und mutig die westdeutsche Arbeiterklasse zu Beginn der 50-iger Jahre gegen die Wiederaufnahme der Rüstungsproduktionen, gegen die Einführung der Bundeswehr, den Beitritt zur Nato gekämpft hat. Wie aber sieht ihre Kampfperspektive aus? Sie richtet Bittschriften an den Essener Bürgermeister, ob er damit einverstanden sei, dass Krupp sein heiliges Versprechen gebrochen habe, nie wieder Waffen zu produzieren. Zynisch weist sie in ihrer Zeitung 'UZ' vom 17.8.73 darauf hin, "dass mit der Rüstungsproduktion keine Arbeitsplätze zu sichern sind". Indem die D'K'P so tut, als seien die 500 Panzer von Krupp eine empörende Ausnahme, ein Widerspruch zur Politik des imperialistischen Staates, fällt sie in Wahrheit den Friedensinteressen der westdeutschen Arbeiterklasse in den Rücken. **Für die Arbeiter gibt es keinen 'Staatsweg' gegen die Aufrüstung, gegen die Kriegsvorbereitungen. Der Staat mitsamt seiner Bundeswehr ist das Instrument des Kapitals, seine Kriege zu führen. Auf ihn darf nicht vertraut, er muss zerschlagen werden, will man den imperialistischen Krieg tatsächlich endgültig abschaffen.**

Nieder mit dem Westberlinschacher

In diesen Tagen haben die westdeutschen Imperialisten zum letzten Vorstoß auf die vollständige diplomatische Eingliederung Westberlins in die Deutsche Bundesrepublik angesetzt. Das ist der politische Zweck des Streits um das diplomatische Vertretungsrecht für 'juristische Personen' in der CSSR, Bulgarien und Ungarn.

Ein entscheidender Vorstoss war dem westdeutschen Imperialismus durch den Abschluss des Viermächteabkommen gelungen, nach dem sie das Recht bekam, 'Personen' Westberlins aussenpolitisch zu vertreten. Mit dem Transitabkommen hatten die sowjetischen Sozialimperialisten dafür gesorgt, dass die Bonner Regierung auch freie



Fahrt auf den Strassen der DDR zugesichert wurde. Aber für alle Imperialisten gilt: der Appetit kommt beim Essen. So ist die Bundesrepublik jetzt dabei, für die Interpretation des Viermächteabkommens in ihrem Sinn zu kämpfen. Dafür, dass Westberlin als Teil des westdeutschen Staates anerkannt wird.

Die ersten, die den westdeutschen Imperialisten eilfertig zu Diensten standen, waren die DDR-Revisionisten. Bei den sogenannten Weltjugendfestspielen liessen sie die Vertreter der Bundesrepublik und die Vertreter Westberlins als eine Delegation einmarschieren. Nur um das Gesicht nicht völlig zu verlieren, marschierte eine zweite Delegation für Westberlin allein.

Der Schlusstrich unter den diplomatischen Raub Westberlins soll jetzt bei den Verhandlungen um die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Prag, Sofia und Budapest gezogen werden. Vergessen sind auch bei den Führungen dieser Länder die Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen, die sie gegenüber den aggressiven deutschen Imperialisten in Westdeutschland übernommen haben. Nach anfänglichem Zieren erklärte so der Vertreter der CSSR sehr schnell, dass die Regierung der CSSR den Vorstellungen Bonns über die 'Familienzusammenführung' und die diplomatische Vertretung einzelner Personen auch in Bezug auf Westberlin zustimme. Auch die anderen Länder leisteten keinen Widerstand.

Schwierigkeiten hatten die westdeutschen Imperialisten allein bei dem Punkt der diplomatischen Vertretung auch der 'juristischen Personen' Westberlins, also der Anerkennung der vollständigen Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik auf aussenpolitischem Gebiet.

Und hier wurde nicht lange gefackelt. Nach dem Motto: "Und bist du nicht willig, so wend ich Gewalt", holte sich die Bonner Regierung Rückendeckung bei den drei westlichen Alliierten. Es wurde beschlossen, insbesondere die CSSR über Moskau unter Druck zu setzen. Diese Drohung, gerade fünf Jahre nach dem Einfall der Sozialimperialisten in der CSSR, ist nichts anderes als ein unverschämter Erpressungsversuch. Die Unterstützung der Sozialimperialisten bei diesem erneuten Anschlag auf die Souveränität der DDR ist sicher. Das zeigt die Unterzeichnung des Viermächteabkommens. Die 'Lücke', die sie dort offen liess, um ihr Gesicht nicht völlig zu verlieren, zwingt sie jetzt, die verräterischen Regierungen in der CSSR, in Bulgarien und Ungarn auszufüllen.

Auch bei diesem Erfolg ihrer aggressiven Bemühungen werden die westdeutschen Imperialisten nicht stehenbleiben. Der nächste Vorstoss wird gegen die DDR direkt geführt werden. Das Gerangel um die Transitwege deutet schon jetzt darauf hin, dass die westdeutschen Imperialisten ihre Aufmerksamkeit als nächstes auf noch grössere Garantien auf einen Korridor zwischen Westberlin und der Bundesrepublik richten werden.

Es ist unsere Pflicht, gegen solche Attacken auf die Souveränität der DDR einen entschlossenen Kampf zu führen.
Die wahrhaft friedliebenden Völker und Menschen der anderen Länder stehen dabei an unserer Seite. So heisst es in einer Sendung von Radio Tirana vom 6.7.73:
"Westberlin befindet sich auf dem Boden der DDR und mit Recht muss es der DDR gehören... Die Haltung der Sozialimperialisten zum Westberlin-Problem ist ein Aspekt ihrer verräterischen Haltung zum Deutschland-Problem überhaupt." ... Dabei ist die DDR "für die Sowjetrevisionisten ein Schachergegenstand mit den Bonner Partnern... Man weiss inzwischen sehr genau, dass die Kremlführer gegenüber den 'Wünschen' der Bonner Revanchisten sehr feinfühlig sind, den Wünschen der DDR, dem ganzen deutschen Volk gegenüber sich jedoch vollkommen gleichgültig verhalten, ja sie üben sogar ihr Diktat aus, damit die DDR das durchführt, was zwischen Moskau und Bonn hinter den Kulissen ausgemacht wurde... Welche Politik Bonn aber betreibt und wen das Brandt-Kabinett vertritt, das wissen die europäischen Völker und vor allem das deutsche Volk sehr gut. Mit jedem Tag erkennen sie immer klarer die verräterische Fratze des sowjetischen Sozialimperialismus."

Strafbefehl zum 1.Mai

Mitte Juli wurde dem Genossen Friedrich A. ein Strafbefehl vom Amtsgericht Dortmund zugeschickt: 527,50 DM binnen zwei Wochen zahlbar oder ersatzweise 20 Tage Haft. Der Genosse wird von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, als Veranstaltungsleiter am 1.Mai trotz Verbot eine öffentliche Versammlung und Demonstration der KPD/ML in Dortmund durchgeführt zu haben. Der Genosse hat sofort Einspruch gegen diese unerhörte Massnahme der Klassenjustiz erhoben: Da er bereits morgens ordnungsgemäss die Demonstration aufgelöst hat, ist er juristisch für die 1.Mai-Demonstration nicht verantwortlich. Aber die Partei wird den Prozess für die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda nutzen.

Trotz Verbot der 1. Mai bleibt rot

Jawohl! **Unter Führung ihrer Kommunistischen Partei haben die Besten der Arbeiterklasse in Dortmund den Roten 1.Mai auf Dortmunds Strassen durchgeführt! Trotz und gerade gegen das Verbot der Bourgeoisie!**
Wie die SPD mit ihrem Polizeipräsidenten Zörgiebel am 1.Mai 1929 den Arbeitern das Recht auf die Strasse hatte nehmen wollen und gescheitert war, so ist auch das Verbot der SPD-Regierung in NRW und ihrem Polizeiminister Weyer durchbrochen worden. Während 1929 die Polizeibanden mit Maschinengewehrgarben auf die Arbeiter Berlins diesen Tag zum berüchtigten Blutmai machten, waren es in Dortmund 1973 noch Polizeiknüppel und Wasserwerfer, mit der die Weyer-Garde zu Werk ging.
Doch diese Knüppel haben vielen nur noch tiefer eingeprägt, dass der friedliche Weg zur Revolution und zum Sozialismus nur Lüge ist, dass der Weg zum Sozialismus nur über die gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie führen kann.

Strasse frei für die kommunistische Partei

Der Einsatz der Polizeibüttel am 1.Mai und der jetzige Strafbefehl gegen den Genossen Friedrich zeigen, dass die Bourgeoisie es mit ihrem Verbot ernst meint, zeigen, wie auch der Prozess gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, dass die Bourgeoisie sich auf das Verbot unserer Partei vorbereitet.
Doch auch die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Partei meinen es todernst.

Polizeiknüppel und -pistolen können – wie beim Streik in Neuss – die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen in den Betrieben nicht aufhalten. Und unsere Partei wird trotz Verbotsvorbereitungen weiterhin zu ihrer Klasse halten und ihr im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus voranschreiten. Daran werden uns weder die Weyer-Schergen hindern noch die Revisionisten mit ihren Lügen von der legalen Revolution.
Unsere Partei hat sich auf das Verbot vorbereitet und wird auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, sich auf die Illegalität vorzubereiten. **Auch in der Illegalität den Kampf der Arbeiter zu führen – hin zur Revolution und zur Diktatur des Proletariats – ist unsere Verpflichtung gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse. Und niemand wird uns daran hindern können, sie zu erfüllen.**
Die Bourgeoisie bereitet den Prozess bereits vor. Wir auch – und wir werden ihn zum Bumerang gegen die Bourgeoisie machen. Die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Partei werden sich das Recht auf die Strasse nicht nehmen lassen!



Genosse Ernst Aust am 1.Mai in Dortmund

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.
Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Streik bei Pierburg

Fortsetzung von Seite 1

Punkt neun kommen die Werkzeugbauer auf den Hof marschiert und werden mit einem Riesenstrauss roter Rosen empfangen. Der Pförtner versucht, das Tor zu schliessen, aber die Streikenden vor dem Tor werfen sich dazwischen und stürmen in den Hof. Ein Zivilbulle mischt sich unter die Streikenden, wird erkannt, ausgepfiffen und verjagt, wobei er mit Entzug der Arbeitserlaubnis droht. Solidaritätstelegramme, Spenden, Geld, Essen, Getränke und Obst von anderen Betrieben treffen ein. Ein Taxifahrer-Club spendet den Streikenden eine Kiste Bier. Während der folgenden Versammlung auf dem Werkshof versucht die Werksleitung, über Megaphon zu sprechen, fährt dann einen Lautsprecherwagen auf und wird beide Male niedergeschrien. **Als sie ein Schild anbringen lässt, dass der Streik widerrechtlich sei, verschmieren es die streikenden Frauen mit Lippenstift und reissen es schliesslich gegen den Widerstand der griechischen Togliatti-Revisionisten herunter.** Die IG-Metall verhandelt hinter dem Rücken der Streikenden. Ergebnis: 12 Pfennig mehr, ab 1.1.74 20 Pfennig mehr. Die Streikenden weisen den Schandabschluss empört zurück.



17.8.1973 Versammlung der Belegschaft auf dem Hof. Es wird bekannt, **dass Telegramme von VW und Opel eingetroffen sind, wonach diese Firmen wegen Ausfall der Pierburg-Lieferungen am Montag nicht mehr produzieren können. Die benachbarte Firma Solex, die Teile von Pierburg weiterverarbeitet, hat die Produktion bereits eingestellt.** Der Firma Pierburg drohen hohe Konventionalstrafen und Entschädigungszahlungen. Nach neuen Spalterverhandlungen von IGM, Betriebsrat und Werksleitung wird bekannt gegeben: 53 bis 65 Pfennig mehr und Abschaffung der Lohngruppe 2. **Nach kurzem Schwanken, die griechischen Togliatti-Revisionisten hatten dieses Ergebnis als 'Sieg' begrüsst, lehnen die Streikenden dieses Ergebnis ab.** Zugleich stellen sie neue Forderungen auf. Ihre Losungen lauten jetzt: **Eine Mark mehr! – Volle Bezahlung der Streikschichten! – Keine Repressionen! – Verhandlungen nur mit dem Streikrat! – Streik bis zum Sieg!** Sie erklären ihre Bereitschaft, auch einen ganzen Monat weiterzustreiken.

Vor Redaktionsschluss:

20.8.1973 – Der Streik geht weiter. Ein grosser Teil der Belegschaft steht vor dem Tor und ruft die Forderungen, die übrigen sind im Betrieb **und verweigern trotz grober Anpöbeleien durch Meister und Vorarbeiter die Aufnahme der Arbeit.** Um die Einheit der Streikenden drinnen und draussen zu stören, fährt die Werksleitung am Tor einen LKW auf, lässt den Fussgängerdurchgang mit Brettern verdecken und über einen Lautsprecher am Tor pausenlos ohrenbetäubende Beat- und Popmusik spielen. **Am LKW stehen Meister als Posten, damit die Frauen nicht unter dem Fahrzeug durchkriechen können.** Zivilbullen fotografieren aus dem Werk heraus. Die Hallen im Betrieb werden dichtgemacht, Türen geschlossen, Meister und Vorarbeiter davor postiert. Die Frauen dürfen den Hof nicht betreten. **Als Betriebsräte im Werk für die Annahme des Firmenangebots agitieren, werden sie von den Frauen mit 'Arbeiterverräter' niedergeschrien.** Die Firmen Solex, Ehrenreich und Mercedes in Neuss, die von Pierburg-Lieferungen abhängen, haben die Produktion eingestellt, VW-Wolfsburg produziert nach Notprogramm. **Nach der Pause (9 Uhr) greift die Polizei mit Sturzhelm und voller Bewaffnung ein, durchkämmt die Streikgruppen am Tor, nimmt vier Streikende fest, (die sie bald wieder freilässt), und besetzt das Werktor. Die Megafone der Streikenden werden beschlagnahmt. Jetzt wirkt sich die Parole der Togliatti-Revisionisten im Streikrat, "keine Gewalt",** hemmend auf den Streik aus, aber die streikenden Frauen lassen sich nicht einschüchtern. Sie stellen die neue Forderung "Polizei weg" auf und rufen sie ununterbrochen.
Mit diesem Polizeieinsatz, der die Pierburg KG in ein Gefängnis verwandeln soll, hat der imperialistische Staat eine Eskalation des Kampfes herbeigeführt, die sich letztlich gegen ihn selbst auswirken wird. Der Streik geht weiter. Andere Streiks werden dazukommen.

Die politische Bedeutung des Streiks bei Pierburg

Die 3 400 überwiegend ausländischen Arbeiterinnen aus Griechenland, Italien, Spanien, Jugoslawien und der Türkei bekommen einen Durchschnittslohn von 5,– DM (knapp 600,– DM Nettomonatslohn). Die Firma, die sämtliche westdeutschen Autowerke mit Pumpen, Vergaserteilen u.ä. beliefert, hat einen Jahresumsatz von über 100 Millionen Mark. Gegen diese Ausbeutung traten die Frauen in den Streik.

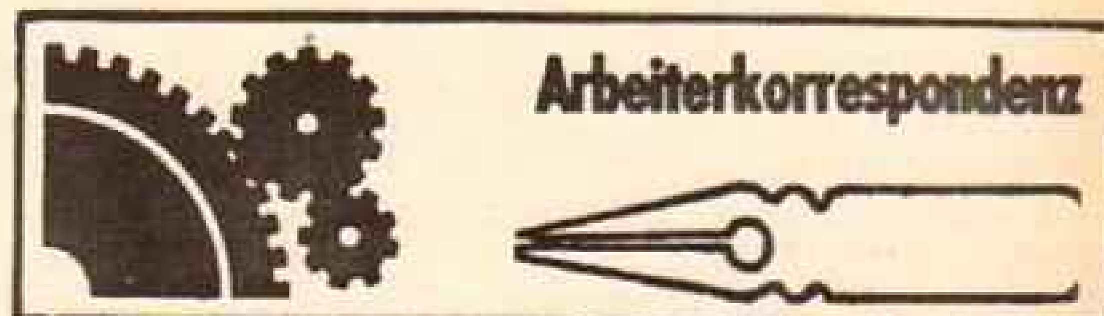
Dieser Streik unterscheidet sich qualitativ von den vielen ähnlichen Streiks der letzten Streiks. Dies sind seine hervorstechendsten Merkmale:

Der Streik wurde gründlich vorbereitet. Die Lehren aus einem kurzen Spontanstreik im Juni wurden dabei berücksichtigt. Deshalb zeichnete sich der Streik von Anfang an durch einen hohen Grad an Organisiertheit aus. Eine Streikleitung wurde gewählt, der von Anfang an Kommunisten von innerhalb und außerhalb des Betriebes angehörten. Sie führten den Streik in der Hauptseite an. Die Streikleitung stellte klar, daß sie der einzige von den Streikenden anerkannte Verhandlungspartner ist, daß Betriebsrat oder IG-Metall nicht im Namen der Streikenden verhandeln können und daß Ergebnisse solcher Verhandlungen nicht anerkannt werden. Die Streikenden hatten ihre Sache damit selbst in die Hand genommen. Das bewirkte die große Durchschlagskraft des Streiks, den mutigen Kampf der Streikenden gegen die Polizei und gegen jeden Verrat und jede Abwiegelei von Seiten der Revisionisten, auch der in der Streikleitung, und schließlich die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im organisierten Kampf Klasse gegen Klasse, die internationale Solidarität der deutschen mit fünf verschiedenen ausländischen Gruppen der Belegschaft. Unter Mißachtung des Betriebsverfassungsgesetzes, der Satzung der IG-Metall und verschiedener gewerkschaftlicher Beschlüsse, dankte ein deutscher Betriebsrat der Firma der KPD/ML für ihren Einsatz bei diesem Streik und bat, ihn konsequent weiterzuführen.

Neben dieser positiven Hauptseite, die den Klassenkampf in Westdeutschland einen bedeutenden Schritt voranbrachte, gab es aber auch negative Erscheinungen: die mangelnde Wachsamkeit der Kommunisten gegenüber dem Einfluß der Revisionisten, das Zurückweichen vor ihnen in der Streikleitung, die 'Verbannung' der Politik aus dem Streik, opportunistisches Taktieren und die 'Vermeidung von Gewalt'. So wurde von den Revisionisten verhindert, Streikposten aufzustellen. Das zeigt, wie wichtig es für uns ist, den Revisionismus in allen seinen verdeckten und offenen Angriffen und Organisationsformen immer und überall zu bekämpfen, das politische Auftreten als Kommunisten in den Vordergrund zu stellen und die Scheu vor diesem Auftreten, die auf einer falschen Einschätzung der Massen, auf der Theorie der Rückständigkeit der Massen beruht, zu überwinden. Ohne politisches Auftreten und ohne Ausschaltung der Revisionisten können wir einen Streik nicht zum vollen Erfolg führen.

Der Zusammenstoß mit der Polizeigewalt der imperialistischen Staatsmacht gibt dem Streik einen politischen Charakter, aber damit wird der Kampf noch nicht politisch geführt. Anknüpfend an die Erfahrungen, die die Arbeiter während des Streiks beim Zusammenstoß mit dem imperialistischen Staatsapparat machen, muß die Partei die Notwendigkeit des bewußten revolutionären Klassenkampfes und die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung dieses Staatsapparates in die Arbeiterbewegung hineintragen. Dieser Kampf muß sich gegen den Revisionismus und gegen opportunistische Vorstellungen auch in den eigenen Reihen richten und mit dem Kampf gegen die imperialistische Staatsmacht und ihre Unterdrückungsgesetze, wie Betriebsverfassungsgesetz, Ausländergesetz und Notstandsgesetze, verbunden werden. So wird die Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen hergestellt.

(Siehe auch Streikbericht S.1 und 'Revisionistisches').



'Basisarbeit"

Einige der Kollegen erregten sich auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier darüber, dass die Kassierer 5 Prozent aller eingezahlten Beiträge bekommen. In Würzburg gab das 1972 etwa 9000 Mark.

Bezirksvorsitzender Stiassny fand das Geld gut angelegt, weil er meinte, die Kassierer seien oft der einzige Kontakt der Mitglieder zur Gewerkschaft.

Der einzige Kontakt ist der Griff in die Tasche! Das ist die Bankrotterklärung der Bonzenpolitik.

Technischer Fortschritt im Kapitalismus ?

Ich arbeite in einer Branche, der angeblich die Zukunft gehört, in der Computer-Industrie. Man sollte meinen, dass da technischer Fortschritt und auch die modernsten Arbeitsbedingungen herrschen. Aber nicht so, solange die Kapitalisten und ihre chaotische Wirtschaftsordnung herrschen, die nur ein Gesetz kennen: Profit!

Ich sprach neulich mit einem Kollegen, der mit der Patentabteilung zu tun hat. Er erzählte mir entrüstet, dass sämtliche Erfindungen, die von Angestellten des Unternehmens gemacht werden, sofort als Patente auf die Firma angemeldet und damit für die Konkurrenz auf Eis gelegt werden. Damit erreicht die Firma einen zeitweiligen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz, einen Extra-Profit, solange bis es der Konkurrenz gelungen ist, eine ähnliche Sache zu erfinden. Durch diesen Zwang zu Doppel-Erfindungen wird die allgemeine Anwendung des technischen Fortschritts gebremst und Produktivkräfte regelrecht vergeudet.

Auch bei uns in der Abteilung werden die "hochmodernen Präzisionsmaschinen" einfach zu Schrott gefahren, nur weil Reparaturen oder Verbesserungen den Ausstoss verkleinern würden. Auch die Kollegen werden ohne Skrupel verschlissen: Sie bekommen praktisch keine Ausbildung, sondern werden nur zusammengeschissen, wenn sie bei der Arbeitshetze was falsch machen. Dafür laufen aber massenweise Ingenieure und Kontrolleure rum, von denen keiner so recht weiss, was sie Produktives leisten. So gehört bei uns die Vergeudung von Material, Maschinen und Arbeitskraft sozusagen zum Produktionssystem dazu. Auch auf die Arbeitsbedingungen der Kollegen (Staub, Lärm, Tempo und Eintönigkeit der Arbeit) wird keinerlei Rücksicht genommen.

Allen Kollegen stinken diese Zustände gewaltig und sie erkennen immer mehr, dass dieses System keine Zukunft hat. Für mich ergibt sich da nur eine Konsequenz, von der ich auch meine Kollegen schliesslich überzeugen werde:
Erst wenn die Arbeiter die Macht in Staat und Fabrik haben, wird es eine wirkliche Entfaltung des technischen Fortschritts zum Nutzen der werktätigen Bevölkerung geben, wird Schluss sein mit sinnloser Zerstörung, Vergeudung und Schmarotzertum.
Deshalb: WEG MIT DEM KAPITALISMUS – HER MIT DEM SOZIALISMUS!

Rot Front
Ein Genosse von IBM-Sindelfingen

AEG - Kuppersbusch - Gelsenkirchen ...die Maschinen stehen weiterhin still

KORRESPONDENZ. Schon seit Wochen gärte es im Betrieb. Niedrige Löhne, Teuerung, verschärfte Arbeitshetze, miserable Arbeitsbedingungen brachten das Faß zum Überlaufen. Seit Donnerstag morgen wird bei Küppersbusch gestreikt.



„Wir werden kämpfen, wir werden siegen. AEG wird unterliegen" und „Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will" sind die Losungen der Streikenden am Tor 5.

Nach der Frühstückspause am Donnerstag sind es um die tausend, die sich auf dem Hof versammeln. Spontan bildet sich eine Gruppe heraus und formiert sich zur Marschkolonne. Die Kollegen schliessen sich in einem langen Zug an. Ein Betriebsrat versucht, den Zug auf dem Werksgelände zu halten in der Hoffnung, dass die Kollegen dann wieder an die Arbeit gehen. Doch der Zug bahnt sich seinen Weg zur Ortsverwaltung der IG-Metall. Parolen werden gerufen: "40 Pfennig müssen her, sonst gibt es keine Arbeit mehr." Vereinzelt aber auch: "Nieder mit der SPD".

Vor dem Gewerkschaftshaus geht es heiss her. "Klingler raus!" "Verräter!" "Fallt ihr uns wieder in den Rücken?" "Für unseren Streik haben sie kein Geld, aber dicke Posten und grosse Paläste!" Doch Klingler kommt nicht. Als sein Vertreter Teichmann erscheint, wird er niedergeschrieen.

Es geht zurück zum Betrieb, um die Mittagsschicht zu empfangen. Polizei wartet bereits vor den Toren und versucht zu provozieren. Die Mittagsschicht streikt ebenfalls und die wenigen Kollegen, die Nachtschicht machen, schliessen sich abends an.

Am nächsten Morgen prangt es auf allen Wänden: "Streik", "KPD/ML" und Hammer, Sichel und Gewehr. Streikposten ziehen auf. Die KPD/ML verteilt ein Flugblatt in dem die Gewerkschaftsführung, der Betriebsrat, die Revisionisten der D'K'P und besonders das kapitalistische Ausbeuterpack von der AEG entlarvt und angegriffen werden. Aufgeregt erscheint Betriebsratsvorsitzender Scheerer: "Alles Verleumdungen! Lest den Dreck von der 'Roten Flamme' nicht!" Doch viele Kollegen geben der Betriebszeitung unserer Partei recht.

Im Verlauf des Morgens werden die Lehrlinge von den älteren Kollegen aufgefordert ebenfalls mitzustreiken. Sie schliessen sich an.

Am Mittag versammelt sich wieder alles vor Tor 5 für die Mittagsschicht. Lastwagen aus Süddeutschland, Ostfriesland usw. müssen abdrehen. Ein Fahrer zeigt den Kollegen anhand einer Skizze, dass sie zu einem anderen Abladeplatz umgeleitet werden sollen. Ein Flugblatt mit der Skizze wird sofort gedruckt, damit alle über diese Schweinerei informiert werden.

Kurz darauf versuchte AEG-Boss Ahle es mit einem Angebot: Wenn die Arbeit aufgenommen würde, gäbe es bei guter Geschäftsentwicklung eventuell ein höheres Weihnachtsgeld. Die Antwort: Die Maschinen bleiben still.

Am Samstag früh versucht dann IG-Metall-Ortsvorsitzender Klingler sein Glück: In seiner schmierigen Art versucht er die Kollegen zu bereden. Er erntet nur Spott und Hohn. Betriebsratsvorsitzender Scheerer befreit ihn schliesslich: "Kommen sie ins Büro, Herr Klingler, wir haben noch etwas wichtiges zu besprechen!" Und zu den Kollegen gewandt: "Herr Klingler kommt gleich wieder." Doch Klingler ward nicht mehr gesehen

Auch am Sonntag wurde nicht gearbeitet. Die Kollegen wollen am Montag kompromisslos den Streik fortsetzen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen: 40 Pfennig mehr, 120 DM Weihnachtsgeld, Bezahlung der Streikschichten und keine Entlassung!

Israel

Die palästinensischen Partisanen verstärken ihre Aktionen gegen die israelischen Zionisten

Nach Meldungen der palästinensischen Nachrichtenagnetur "Vafa" sprengte eine palästinensische Partisaneneinheit einen Teil des Militärzentrums von Kirit Arba in der Nähe von Hebron, am besetzten westlichen Ufer des Jordan in die Luft.

Das ist nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit dafür, dass die palästinensischen Partisanen ihren Kampf gegen die israelischen Zionisten verstärken. Sie sind überzeugt, dass der einzige Ausweg für ihr Land der Weg des bewaffneten Kampfes ist.



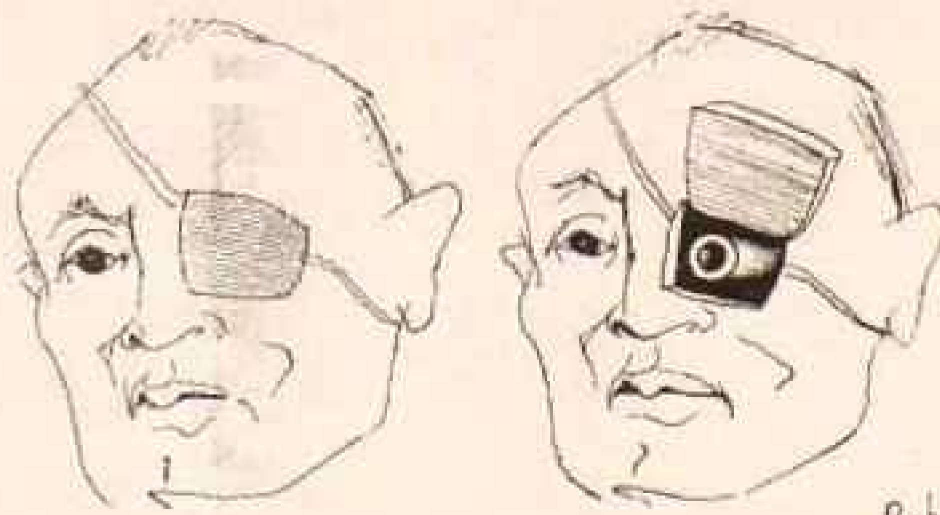
Im Zusammenhang mit den zunehmenden bewaffneten Angriffen gegen den Feind sagte der Vorsitzende der Organisation für die Befreiung Palästinas, Arafat, kürzlich, dass die Partisanen im Jahr 1973 im Durchschnitt eine mutige Aktion pro Tag gegen die israelischen Besatzer durchführen werden. Das Ziel dieser Angriffe sind vor allem Militäranlagen, Patrouillen und Militärlastwagen, Eisenbahnen, Brücken, strategisch eichtige Strassen, elektrische Leitungen usw. In diesem Jahr haben die palästinensischen Partisanen zahlreiche mutige Aktionen ausgeführt: Auf den Golan-Höhen, an den Westufern des Jordan, im Gaza Streifen, auf der Halbinsel Sinai und in vielen anderen Gebieten, die unter der Knute der Besatzer sind.

Die israelischen Zionisten haben sogar in Tel Aviv selbst keine Ruhe mehr. Im Februar dieses Jahres drang eine palästinensische Partisaneneinheit in ein besonders scharf bewachtes Militärgebiet in Tel Aviv ein und zerstörte vier Militärlastwagen des Feindes. Mehr als 40 feindliche Soldaten wurden getötet. Im Mai eröffneten die palästinensischen Patrioten das Feuer auf einen Aufklärungshubschrauber des Feindes in der Nähe einer Militärparade in Jerusalem. Er stürzte ab und die gesamte Besatzung wurde getötet.

Schon im letzten Jahr waren den palästinensischen Partisanen eine Reihe von erfolgreichen Angriffen gelungen. **Insgesamt waren es 359 Aktionen. Allein im Gaza Streifen wurden in den letzten vier Monaten des Jahres 1972 42 feindliche Militärlastwagen zerstört, und mehr als 100 feindliche Soldaten vernichtet.** Diese mutigen Aktionen haben die Siege der palästinensischen Kämpfer weiter erhöht. **Insgesamt haben die Befreiungskämpfer damit in den letzten acht Jahren mehr als 7400 bewaffnete Operationen gegen den Feind ausgeführt.** Diese Tatsachen zeigen klar, dass die palästinensische Widerstandsbewegung nicht nur nicht ausgelöscht ist, wie die imperialistische zionistische Propaganda grosstönend behauptet, sondern im Gegenteil immer machtvoller wird.

Weder der ungeheure Terror der Besatzer, noch die Anschläge der jordanischen und libanesischen Reaktion und die Vernichtungspläne der beiden Supermächte, mit denen sie ihr Haupthindernis bei ihrem Streben nach Vorherrschaft, die palästinensische Widerstandsbewegung, aus dem Weg räumen wollen, waren und sind in der Lage, das palästinensische Volk vom Weg des entschlossenen Kampfes abzubringen.

PALÄSTINA DEN PALÄSTINENSERN!



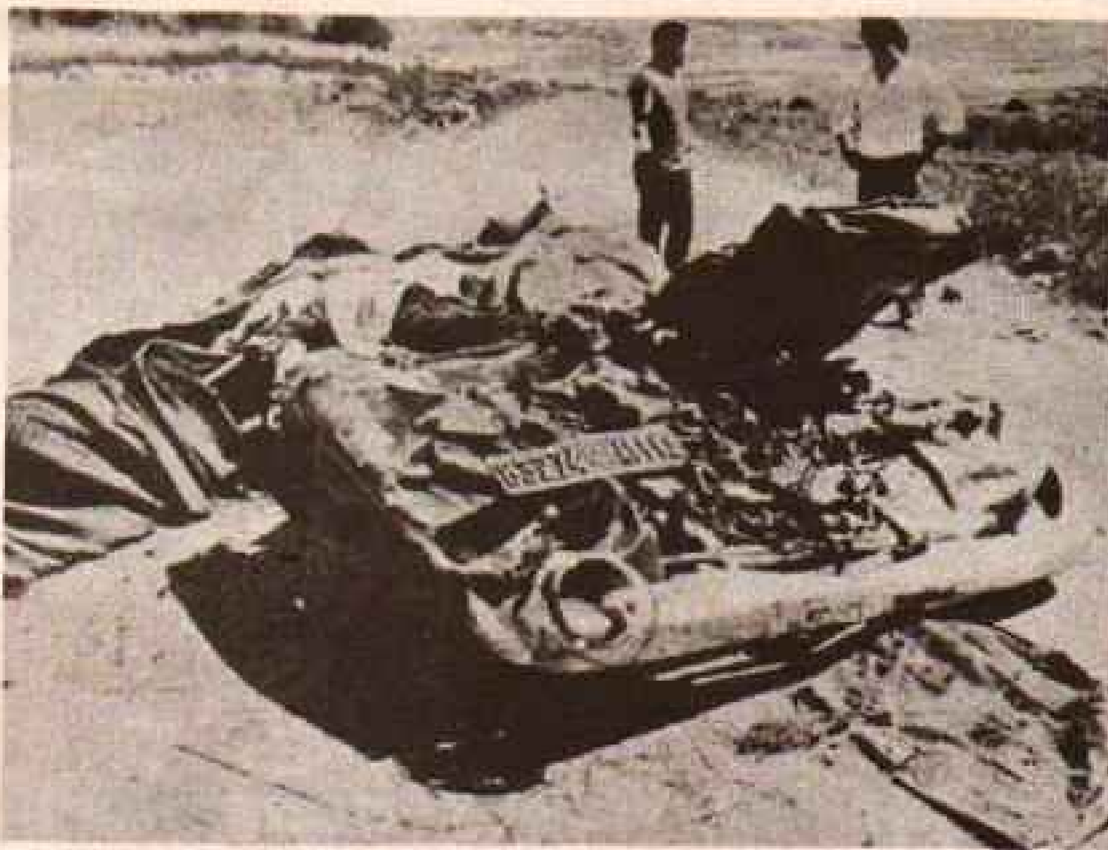
Verbrecherische Verzweiflungsakte der Zionisten

Im Zusammenhang mit dem sprunghaften Anwachsen der bewaffneten Aktionen der palästinensischen Befreiungsfront gegen die zionistischen Knechte des US-Imperialismus in Israel selbst ist das neueste Verbrechen der Israelis gegen die internationale Zivilluftfahrt u sehen. In einem kriegsmäßig durchgeführten Einsatz israelischer Phantom-Jäger wurde über der libanesischen Hauptstadt Beirut ein Zivilverkehrsflugzeug zum Abdrehen nach Israel und zur Landung in Haifa gezwungen. Grund: der Palästinenserführer Habasch wurde an Bord der Maschine vermutet.

Im Kampf gegen das palästinensische Volk und seinen revolutionären Krieg zur Befreiung Palästinas scheuen die Zionisten kein Verbrechen und keinen Völkerrechtsbruch. **Sie greifen nicht nur Verkehrsflugzeuge militärisch an und gefährden Hunderte von Menschenleben, sie schiessen sie auch ab, wie im Februar in der Nähe des Suez-Kanals, und morden palästinensische Freiheitskämpfer in aller Welt, wie erst unlängst in Norwegen.**

Als Speerspitze des US-Imperialismus im Nahen Osten können sie auf die weltweite Unterstützung ihrer US-amerikanischen Auftraggeber rechnen. So hat z.B. der US-Delegierte erst unlängst durch sein Veto einen Beschluss des UNO-Weltsicherheitsrats zur Verurteilung Israels verhindert. Auch jetzt rüstet er sich, den Zionisten beizuspringen. **Militärische oder wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel will er auf keinen Fall zulassen.** Deshalb können sich die israelischen Zionisten getrost offen zu ihren Verbrechen bekennen und sie frech als Heldentaten hinstellen, wie das der israelische Kriegsminister Dayan nach dem militärischen Luftangriff auf ein Verkehrsflugzeug in Libanon getan hat.

Die Frechheit der israelischen Zionisten täuscht aber niemanden darüber hinweg, **dass es sich bei ihren Verbrechen um Verzweiflungsakte handelt** und dass sie und ihre US-imperialistischen Auftraggeber eine Niederlage erleiden werden, weil sie eine ungerechte Sache vertreten. Ihre verbrecherischen Angriffe können nicht verhindern, dass die palästinensischen Freiheitskämpfer ihren Kampf verstärken, **dass der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes einen machtvollen Aufschwung nimmt, dass das palästinensische Volk siegen wird.**



Überreste eines Taxis, das von einem israelischen Panzer auf der Straße nach Juwayeh überrollt wurde. Die 7 Insassen waren sofort tot.

Die Fluglotsen schlagen zurück

Welche üblen Tricks die Bundesregierung gegen die seit 11 Wochen streikenden Fluglotsen anwendet, schilderte der Verband Deutscher Flugleiter in einer am 12.8.73 in Frankfurt herausgegebenen Presseerklärung. Hatte die Bundesregierung sich früher bemüht, gerichtlich gegen die Lotsen vorzugehen und sie in offiziellen Erklärungen zu verleumden, wendet sie jetzt verbrecherische Erpressungsmethoden an.

Um den Streik zu untergraben, setzt sie ungeübtes und nicht zugelassenes Personal ein, zum Teil Anfänger, nicht voll ausgebildete Leute und solche, die schon jahrelang nicht mehr an einem Radarschirm gesessen haben. Dadurch kommt es zu Abflugverzögerungen, Fehlanflügen und gefährlichen Situationen. **Die Bundesregierung setzt damit gewissenlos Menschenleben aufs Spiel.** Einsatz von Bundeswehrlotsen wurde angedroht.

Um den Streik niederzuringen, geht die Bundesregierung massiv gegen die Fluglotsen vor. Krankgeschriebenen und dienstunfähigen Lotsen wird Gehaltskürzung angedroht, falls sie die Arbeit nicht sofort aufnehmen, andere werden in 'vertraulichen Gesprächen' unter Druck gesetzt. Aber diese Einschüchterungs- und Spaltungsversuche verfangen nicht. Sie bringen die Bundesregierung nicht dem Ziel näher, das sie um jeden Preis erreichen möchte: den Zusammenbruch des Streiks der Fluglotsen.

Hunderte von Millionen erreichen die Summen, die die Bundesregierung von Steuergeldern als Schadenersatz an verschiedene grosskapitalistische Reiseunternehmen zahlen will: **90 Millionen an die Lufthansa, 13 an Hertie-Kaufhof und Glücksreisen, ähnlich hohe und höhere Summen an Scharnow, Tigges, die Chartergesellschaften, die Flughafengesellschaft usw.** Darin hat die Regierung nicht die geringsten Hemmungen. Mit diesen Unsummen hätte sie, wenn ihr an der Flugsicherheit gelegen wäre, die Planstellen auf den Kontrolltürmen vermehren, die Sicherheitseinrichtungen verbessern und den Fluglotsen die geforderte Gehaltserhöhung zahlen können. Aber ihr liegt nichts daran. **Ihr einziges Ziel ist, ihre durch die Fluglotsen angekratzte Macht zu erhalten und durch Niederringen der Fluglotsen die Beamten insgesamt einzuschüchtern, damit sie sich an ihre absolute Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat halten. Ihr Ziel ist, die Funktionsfähigkeit ihres imperialistischen Unterdrückungsapparates zu sichern.**

Durch die Enthüllungen in ihrer Presseerklärung und die standhafte Fortsetzung des Streiks machen die Fluglotsen der Bundesregierung einen Strich durch die Rechnung. Repressionen, Verleumdung und Einschüchterung können ihren Streikwillen nicht brechen. Je länger sie durchhalten, desto mehr Sympathien für ihren Streik erringen sie bei der Arbeiterschaft. In Gesprächen vor Betrieben bekamen wir von Arbeitern immer wieder zu hören:

Die machen's richtig!

Revisionistisches

D'K'P-FÜHRER:

"Brutale Gewalt gegen Revolutionäre ist berechtigt"

Beim Streik der ausländischen und deutschen Arbeiter bei der Pierburg AG verteilten die D'K'P-Revisionisten ihre Betriebszeitung: Spritpumpe. Es ist bekannt, dass die Arbeiterschaft von Pierburg dem Terror der staatlichen Polizei mutigen Widerstand leistete.

Auch die 'Spritpumpe' meldet ihren Protest an: Sie hat sich in einem Brief an Innenminister Weyer beschwert. Er soll seine Polizisten zur 'Verantwortung' ziehen. Weyer an der Seite der kämpfenden Arbeiter? Kaum ein paar Wochen ist es her, als die Meldung durch die gesamte Presse ging, dass Weyer für 17 Milliarden DM Waffen und Polizeigeräte angeschafft hat, damit der Staat im 'heissen Herbst' zum Schutz des Kapitals gerüstet ist. Auf ihn und den Staat des Kapitals sollen die Arbeiter hoffen? Nach Ansicht der D'K'P-Führer – Ja.

Sie tun so, als gehörten Polizei, Justiz und Armee nicht zum Staat, diesem Kampfinstrument der gesamten Kapitalistenklasse. Sie schreiben, dass die Polizei "erneut als Büttel eines unnachgiebigen Kapitalisten auftrat". Damit verfolgen sie keinen anderen Zweck, als die Arbeiter auf den Kampf gegen einzelne Kapitalisten festzunageln, um so das Wohl der gesamten Kapitalistenklasse, die Diktatur der Bourgeoisie zu schützen.

Für den Fall aber, dass die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Schichten des Volkes sich gegen diese Diktatur erheben sollte, darf man sich auf andere Töne der D'K'P-Führer gefasst machen. In der gleichen Betriebszeitung heisst es unter der Überschrift: "Ein seltsames Demokratieverständnis": "Ein seltsames Demokratieverständnis legte der Neusser Polizeipräsident, Dr.Knecht, an den Tag. Am Montag erklärte er gegenüber einem Journalisten der UZ, Zeitung der DKP, ein 'wilder Streik' sei 'Revolution'. Bei dieser Einstellung wundert es dann auch nicht mehr, wenn die Untergegebenen Knechts mit brutaler Gewalt gegen die Streikenden vorgehen."

Das heisst im Klartext nichts anderes, als dass die D'K'P-Führer brutale Gewaltanwendung der Bourgeoisie gegen den revolutionären Aufstand der Arbeiterklasse durchaus billigen. Und nicht nur passiv billigen! – Dr.Knecht wird weiter vorgehalten: "Man muss ja nicht immer das Grundgesetz unter dem Arm tragen, aber lesen sollte man es doch einmal."

Allerdings. Jeder Arbeiter sollte dieses Grundgesetz sehr genau studieren. Vor allem die Notstandsgesetze, in der die Bourgeoisie mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig lässt, beschreibt, wie sie gegen revoltierende Arbeiter vorzugehen gedenkt. Lesen sollte er aber auch, dass dieses Grundgesetz die 'aktive Verteidigung' dieser demokratischen Grundordnung fordert.

Die D'K'P-Revisionisten haben sich dazu bereit erklärt. Sie geben es der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse heute schon schriftlich, dass sie bei einem revolutionären Aufstand den Schiessbefehl gegen die Arbeiter geben werden. Mit diesen Verrätern an der Revolution darf es für keinen Kommunisten, für keinen ehrlichen Arbeiter, auch nur einen gemeinsamen Schritt geben. Sie müssen genauso erbittert bekämpft werden wie das Kapital und der imperialistische Staat selber.

Es lebe die bewaffnete Revolution

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Fortsetzung von Seite

Für den vollständigen Sieg der indochinesischen Völker

Das Ergänzungskommunique zum Pariser Abkommen, das im Juni geschlossen wurde, da die Saigoner Administration und die USA das Pariser Abkommen nicht einhielten, ist ebenfalls bis heute noch nicht durchgeführt. In dem Kommunique verpflichten sich die USA, Aufklärungsflüge über Nordvietnam sofort einzustellen, die Entminung in den territorialen Gewässern, Häfen und Wasserwegen im Norden Vietnams wiederaufzunehmen und in einem bestimmten Zeitraum abzuschliessen, sowie die Sitzungen der gemeinsamen Wirtschaftskommission der DRV und der USA wiederaufzunehmen.

Das Aussenministerium der DRV stellt dazu fest: **''Die USA geben vor, sieben nordvietnamesische Häfen, darunter Haiphong, entmint zu haben. In Wirklichkeit sind sie ihrer Verpflichtung bezüglich der Entfernung inaktiv gewordener Minen und der kompletten Lieferung von Entminungsgeräten für Wasserläufe nicht nachgekommen.'' Auch habe die US-Luftwaffe entgegen dem Abkommen ihre Aufklärungsflüge über dem Gebiet der DRV fortgesetzt.**

Ebenso wird der Gefangenenaustausch von der US-Marionette Thieu ständig sabotiert. In den Gefängnissen werden immer noch tausende politische Gefangene festgehalten und unter verbrecherischen Verhältnissen gemartert. Das Zentralorgan der südvietnamesischen Befreiungsfront, 'South Vietnam in Struggle', stellt z.B. fest, dass im Gefängnis von Thu Duc 70 Kinder von 10 Jahren, 15 zweijährige, 60 Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren und 35 im Alter von 11 bis 15 festgehalten werden.

All diese Verbrechen der Thieu-Clique und der USA zeigen, wie 'ernst' die USA und ihre Knechte die Abkommen nehmen und beweisen, dass die USA noch lange nicht bereit sind, ihre neokolonialistische Herrschaft in Vietnam und ganz Indochina aufzugeben.

Die US-Imperialisten geben ihre aggressiven Ziele nicht auf...

Durch die grossen Erfolge der drei indochinesischen Völker auf den Schlachtfeldern und durch die Verurteilung und Opposition auf der ganzen Welt bedrängt, haben die US-Imperialisten zwar ihre Taktik geändert, aber ihr Ziel der neokolonialistischen Herrschaft in Indochina beibehalten. Sie sehen klar, dass sie gegenwärtig ihre Ziele militärisch nicht realisieren können. So greifen sie zum Mittel der sogenannten 'politischen Lösung'. Diese Lösung zielt darauf ab, die Länder Indochinas zu teilen, damit die US-Imperialisten in jeweils einem Teil ihre Macht weiterhin erhalten und zum geeigneten Zeitpunkt unter verlogenen Vorwänden wieder Aggressionen vom Zaun brechen können, um alle Gebiete zurückzuerobern.

...sondern ändern die Taktik

Mit der 'politischen Lösung' versuchen die USA der Welt vorzuspiegeln, in den Ländern Indochinas gäbe es Bruderkriege, in denen sich zwei Lager einigen müssten, Kompromisse schliessen und sich die Herrschaft teilen sollten.
Tatsächlich aber ist diese Theorie vom Bruderkrieg in diesen Ländern eine hinterhältige Lüge. Tatsächlich stehen sich dort die Völker Indochinas und der US-Imperialismus gegenüber. Thieu in Saigon, Lon Nol in Phnom Penh und Souvanna Phouma in Vientiane sind nicht Brüder ihrer Völker, sondern Verräter, vom CIA eingesetzte Marionetten in den Händen der US-Imperialisten. Sie werden vorgeschoben, damit die USA ihre Verbrechen besser verdecken können.

Nachdem die US-Imperialisten in Kambodscha schwere Niederlagen haben einstecken müssen, versuchen sie auch dort ihre 'politische Lösung'. Sihanouk soll den US-Imperialisten am Verhandlungstisch freiwillig einen Teil Kambodschas überlassen. Sihanouk als Vertreter des Volkes aber hat erklärt, er werde keine Verhandlungen annehmen, sondern ''bis zu Ende kämpfen'', ''d.h. bis die in Phnom Penh umzingelten Feinde sich bedingungslos ergeben und die 1970 vom amerikanischen Neokolonialismus aufgerichtete Macht in Phnom Penh für immer weggefegt sein wird''.

Während so die US-Imperialisten mit ihrer 'politischen Lösung' in den Ländern Indochinas versuchen, ihre Macht aufrechtzuerhalten, drohen sie zugleich weiterhin mit totalem Krieg.

Denn als grosspurig ''die letzten Truppen'' aus Vietnam abgezogen wurden, geschah nichts anderes, als dass heimlich die Adresse gewechselt wurde. Aus Saigon wurde Nakhon Phanom, eine Stadt am thailändischen Mekong, wo heute das US-Hauptquartier der 7. amerikanischen Luftflotte und anderer Einheiten sitzt. Selbst nach offiziellen Angaben warten dort über 45 000 US-Soldaten, über 400 Kampfflugzeuge und über mehr als 100 B-52-Bomber auf ihren Einsatz. Und diese Zahlen sollen noch weit untertrieben sein.



Die VR China hat ebenso wie die VR Albanien seit jeher konsequent den Kampf der drei Völker Indochinas unterstützt. Kürzlich erst hat die VR China erneut einen Vertrag über Wirtschaftshilfe für die DRV abgeschlossen. Die VR Albanien und die VR China waren unter den ersten Staaten, die die Revolutionsregierung in Südvietnam als einzige Vertreterin der Interessen des vietnamesischen Volkes im Süden anerkannten und offizielle Beziehungen aufnahmen.



Zwei Jahre KZ's in Irland - Zwei Jahre anwachsender Befreiungskampf

Wir berichteten im letzten Roten Morgen über die Solidarität der irischen Bevölkerung mit den in den KZ's eingekerkerten Patrioten. Hier ein weiterer Bericht aus der Kampfwoche gegen die KZ's.

Am 9.8.71 drangen britische Truppen in SS-ähnlichen Überfällen in die Wohngebiete der irischen Bevölkerung ein, die gleichzeitig die Zentren des Befreiungskampfes bildeten. Trotz des mutigen Widerstandes der Bevölkerung konnten hunderte von Männern und Jugendlichen gefangengenommen werden. Ohne Gerichtsverfahren wurden sie in die KZ's gepfercht, dort brutal mißhandelt und gefoltert.

In den letzten Tagen - nach vielen Protesten und machtvollen Demonstrationen - liessen die britischen Imperialisten etwa hundert sogenannte 'nichtterroristische' Kräfte aus den KZ's und Gefängnissen frei. Darunter Führer der Bürgerrechtsbewegung wie Farrell und Canavan.

Diese 'Geste' ist nichts als ein Almosen. Die Forderung des irischen Volkes heisst: 'Freilassung aller Internierten'. Über tausend der Patrioten sind aber weiterhin hinter Stacheldraht und Gefängnismauern. Darüberhinaus ändern alle diese sogenannten demokratischen Massnahmen wie auch das Wahlmanöver nichts daran, dass weiterhin über 30 000 britische Truppen in Irland stehen, von denen nicht wenige hier in Westdeutschland ausgebildet werden. Deshalb ist auch für das irische Volk kein anderer Weg in die Freiheit möglich als der mit dem Gewehr in der Hand.

Ein klarer Beweis dafür, dass die irischen Freiheitskämpfer immer fester auf diesem Weg voranschreiten, ist auch der Kampf in den KZ's selber. **Schon ab Mitternacht vor dem 9.8.73 hallte durch alle Gefängnisse und KZ's das Lied der Internierten — 'Männer hinter Stacheldraht' Den ganzen Tag über wurden patriotische Lieder gesungen, Sprechchöre gerufen usw. Einer der Internierten sagte dazu: 'Die Gefängnisse und KZ's werden immermehr zu unseren Universitäten zur Befreiung vom britischen Imperialismus.'**

Breiten Widerhall fand dieser Protest im besetzten Norden Irlands, aber auch im 'Freistaat Irland', dessen Regierung mit den britischen Imperialisten zusammengeht und ebenfalls viele Patrioten eingekerkert hat.

DON'T FORGET THE MEN & WOMEN INSIDE PRISON WALLS

Vergesst unsere eingekerkerten Männer und Frauen nicht!

So waren es in Belfast 10 000 Menschen, die auf die Strasse gingen. In militanten Aktionen wurden verschiedene Polizeistationen und Patrouillen der Besatzertruppen mit Steinen, Flaschen und Molotowcocktails angegriffen.
Die Hauptstrassen zwischen Dublin und Belfast, zwischen Belfast und Derry wurden von hunderten von Patrioten blockiert. Auch in kleineren Städten wie Lurgan, Newry und Derry beherrschten tausende die Strassen. Und überall die Forderung: Freilassung aller Internierten! Abzug der britischen Besatzertruppen!

Begleitet wurden diese Massenaktionen von militärischen Angriffen der IRA, die ein Wohnviertel der britischen Besatzerarmee zerstörte und einige, der bezahlten Killer ausser Gefecht setzte.

Auch im Süden wächst die Unzufriedenheit gegen die üble Komplizenschaft zwischen den reaktionären Kreisen im Land und den britischen Imperialisten. So zog am 12. 8. eine grosse Demonstration zum Curragh KZ, um dort die Freilassung der Internierten zu fordern.



Nach einem Militärangriff auf die Häuser der britischen Besatzer

Komplott der Supermächte in Indochina

Washingtons Manöver mit der Drohung offener Gewalt sowie der Taktik der 'politischen Lösung' haben bisher immer die Unterstützung der sowjetischen Sozialimperialisten gefunden: In Vietnam haben sie versucht, dem vietnamesischen Volk die 'politische Lösung' aufzudrängen, in Kambodscha leugnen sie die aggressive Supermachtpolitik der USA, wenn sie in der 'Prawda' vom 'kambodschanischen Bruderkrieg' reden, noch heute unterstützen die Sozialimperialisten in Moskau das vom CIA errichtete Lon-Nol-Regime als ''Vertretung des kambodschanischen Volkes''. (siehe RM Nr.28). Damit treiben sie die Politik der Spaltung Indochinas durch die USA voran. Während die Völker Indochinas klar sehen, dass ihnen im Kampf gegen den US-Imperialismus noch grosse Aufgaben bevorstehen, wollen die Sowjetimperialisten ihnen immer wieder klar machen, dass die Gefahr des US-Imperialismus bereits gebannt sei.

Auch in Westdeutschland versuchen die Revisionisten den Eindruck zu erwecken, der US-Imperialismus sei bereits geschlagen, um die weltweite Solidarität mit den Völkern Indochinas zu mindern, um den weltweiten Kampf gegen US-Imperialismus und Sozialimperialismus zu unterminieren.

Wie die Völker Indochinas gerade jetzt ihren Kampf verstärken, um den endgültigen Sieg über den US-Imperialismus zu erringen, müssen wir auch unsere Anstrengungen erhöhen, um dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten sowie allen Verrätern an der antiimperialistischen Bewegung Schläge zu versetzen.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN VOLLSTÄNDIGEN SIEG DER VÖLKER INDOCHINAS!



Antikriegstag 1973. Die KPD/ML hat in ihrem Extrablatt alle friedliebenden Menschen aufgerufen, ihre Pflichten wahrzunehmen und gegen die wachsenden Kriegsvorbereitungen nicht nur der beiden Supermächte, sondern auch der westdeutschen Imperialisten zu kämpfen. Die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die Interessen der unterdrückten Völker in der ganzen Welt fordern von uns, alles zu tun, um zu verhindern, dass deutsche Waffen und deutsche Soldaten die Völker anderer Länder morden. Das ist keine fernliegende Aufgabe, wie die Aufrufe der Führer der afrikanischen Befreiungsbewegungen, des Führers der palästinensischen Befreiungsorganisation, vor allem aber auch der vollzogene Raub Westberlins durch die westdeutschen Imperialisten beweisen. Aber noch wichtiger ist, dass wir sehen, dass es sich hier erst um "kleine Versuche" des westdeutschen Imperialismus handelt. Noch wichtiger ist, dass wir sehen, dass wir unsere Versprechen gegenüber den Völkern der anderen Länder erst einlösen können, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei selber die Politik in diesem Land bestimmt, wenn sie ihre Diktatur auf den Trümmern des imperialistischen Staates errichtet hat. Das entscheidende Hindernis auf diesem Wege eine antimilitaristische Kampffront, vor allem in den Betrieben und in der Armee zu schmieden, sind die modernen Revisionisten.

SDAJ- D'K'P- Führer Wegbereiter des imperialistischen Krieges

"Nun ist die Sicherung des Friedens in greifbare Nähe gerückt", verspricht uns 'elan', die Zeitung der SDAJ in ihrer Julinummer. In breiter Front stimmen die D'K'P- und SDAJ-Führer in die Friedens- und Entspannungsbeteuerungen der imperialistischen Mächte ein. Auf Veranstaltungen und in ihren Zeitungen wird die Friedenstrommel gerührt. Man könnte glauben, das goldene Zeitalter des Friedens sei tatsächlich angebrochen - trotz der imperialistischen Kriege in Indochina, der Aggressionen der USA und der SU im Nahen Osten, trotz der imperialistischen Massaker in Angola und Mozambique, der Militärstützpunkte der Supermächte in der ganzen Welt.

Die unverhohlenen Drohungen der beiden Supermächte USA und SU werden als "Friedensinitiativen" gepriesen. Diese sogenannten Friedensinitiativen sind aber nichts anderes als Vorbereitungen auf den Krieg. Die "Kriegsherde", die ausgelöscht werden sollen, sind nichts anderes als die revolutionären Kämpfe der Völker der Welt.

Die Verträge zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus werden als Friedensgaranten hingestellt.

Aber was sind das für Verträge? Wir haben immer gesagt, zuletzt im RM-Extrablatt zum Antikriegstag 73, dass sie die Unsicherheit in Europa erhöhen, dass die westdeutschen Imperialisten durch sie einen Schritt vorwärts zur Einverleibung der DDR gemacht haben. Wer hier noch Illusionen hatte, dem kann jetzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Augen öffnen (RM 31/73).

Wenn die Imperialisten von Frieden reden, verstärken sie ihre Vorbereitungen für den Krieg

Während sie von Abrüstung und Entspannung reden, haben die Sowjetunion und die USA ihre Rüstungsausgaben verstärkt wie nie zuvor. Allein die Bundesrepublik gibt in diesem Jahr für Kriegszwecke über 40 Milliarden DM aus, nicht gerechnet das Geld für den Bundesgrenzschutz, die Polizei, den Verfassungsschutz usw. usf. Und nicht nur der Bund, sondern auch die Länder, wie kürzlich NRW, investieren hier Unsummen. Natürlich können D'K'P- und SDAJ-Revisionisten diese Tatsachen nicht verheimlichen. Sie reden deshalb von der Zwiespältigkeit der Politik Brandts, Lebers, Weyers und Co. Sie wollen uns weismachen, deren Friedensbeteuerungen seien aufrichtig, man müsse die "gute Seite" des angeblichen Zwiespaltes unterstützen, ihr zum Durchbruch verhelfen. In Wirklichkeit ist an der Politik der Imperialisten nichts zwiespältiges. Das Friedens- und Entspannungsgeschrei der Imperialisten ist nichts als Heuchelei und Betrug, um die Arbeiterklasse zu täuschen. In Wirklichkeit schmieden sie die Waffen, um ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten und andere Völker zu unterdrücken, sich gegenseitig zu bekriegen und auszustechen im Kampf um die Weltherrschaft.

Die SDAJ hilft den Imperialisten dabei, die Arbeiterjugend mit süsslichen Reden einzulullen. Im Namen des Marxismus-Leninismus verrichtet sie ihre Lakaiendienste für ihre imperialistischen Herren.

Die Wahrheit, die die SDAJ so sorgsam zu verbergen versucht, ist, dass der Imperialismus ohne Kriege nicht auskommen kann, dass deshalb der Imperialismus gestürzt werden muss, um den Frieden zu erkämpfen. Den Imperialismus kann man aber nur stürzen, wenn die Arbeiterklasse selbst zum Gewehr greift, wenn sie Krieg führt. Deshalb riefen Karl Liebknecht und Lenin der Arbeiterjugend zu: Krieg dem imperialistischen Krieg! Das ist die Losung der Kommunisten, die KPD/ML und die Rote Garde, ihre Jugendorganisation, kämpfen heute unter dieser Losung.

SDAJ- Verräter am antiimperialistischen Kampf

Um die Imperialisten in friedlichem Lichte erscheinen zu lassen, muss die SDAJ den Klassencharakter von Kriegen und den Klassencharakter der Armee leugnen. Für die SDAJ kommt es nicht darauf an, welche Klasse Krieg führt, für sie ist jeder Krieg nicht mehr "zeitgemäss", widerspricht "der Vernunft" und hemmt "den Kampf der Arbeiter um soziale und politische Rechte". Ja, in Dortmund bereitet die SDAJ eine Friedenswoche vor unter dem Motto eines bourgeoisen Professors, der gesagt hat: "Krieg ist die organisierte Aggression zwischen Gruppen". Mit solchen Thesen will die SDAJ erreichen, dass die Arbeiterjugend nicht gegen die imperialistischen Staaten kämpft, die notwendigerweise immer wieder imperialistische Aggressionen wie in Indochina und 1968 gegen die CSSR verüben werden. Das ist in Wahrheit ein hinterhältiger Angriff auf den Befreiungskampf der Völker. Für Revolutionäre gilt, was Lenin gesagt hat und von Mao Tsetung für die heutige Zeit bekräftigt wird: Man muss unterscheiden zwischen gerechten Kriegen und ungerechten Kriegen, zwischen den Kriegen des Volkes gegen die Unterdrücker und den Unterdrückungskriegen gegen das Volk. Am wichtigsten ist es der SDAJ, der Arbeiterjugend einzureden, der Krieg gegen die Imperialisten im eigenen Land sei "nicht mehr zeitgemäss", den revolutionären Elan der Arbeiterjugend zu brechen und ihre Empörung in die friedlichen Bahnen der Wahlen und gesetzlichen Proteste zu zwängen. Das ist der wahre Grund auch dafür, dass die D'K'P- und SDAJ-Revisionisten die Losung "Sieg im Volkskrieg - Klassenkampf im eigenen Land" scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Auf der Vietnam-Demonstration am 20.1.73 in Dortmund griffen D'K'P- und SDAJ-Schlägertrupps mit Schlagringen Genossen an und zerfetzten Transparente mit Parolen wie "Sieg im Volkskrieg" (s. RM Nr. 3/73).



Den modernen Revisionismus schlagen, um den Imperialismus zu besiegen !

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, die Imperialisten haben ihre Armee nicht zum Spass. Sie werden niemals friedlich werden und ihre Macht freiwillig abtreten. Die KPD/ML und die Rote Garde müssen die Friedensillusionen der Imperialisten und Revisionisten von D'K'P und SDAJ zerschlagen. Sie müssen die Arbeiterklasse und das Volk auf den bewaffneten Kampf gegen den imperialistischen Staat hier vorbereiten. Sie werden die revolutionären Klassenkampfaktionen gegen den Imperialismus organisieren.

Wenn die SDAJ, angesichts der tatsächlichen Kriegsvorbereitungen der Imperialisten der Arbeiterjugend sagt, nur der Frieden und die Entspannung böten die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Klassenkampf, so ruft sie der Arbeiterjugend zu: Legt die Hände in den Schoss, beschränkt euch auf den Kampf um Reformen, lasst ab vom revolutionären Kampf. Gleichzeitig gibt sie der Bourgeoisie einen Wink mit dem Zaunpfahl: Seht mal an, im Ernstfall denken wir nicht an Klassenkampf, im Ernstfall sind wir bereit, mit euch einen Burgfrieden zu schliessen, den Arbeitern haben wir schon gesagt, dass dann jeder Widerstand sowieso nutzlos ist. So sprachen Ebert und Scheidemann 1914, so sprechen heute Bachmann, Mies, Priemer und Co. Der Weg von Ebert und Scheidemann ist bekannt. Sie stellten sich auf den Standpunkt der Verteidigung des imperialistischen "Vaterlandes", sie erwürgten die Novemberrevolution von 1918, sie waren die Henker von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Bachmann und Mies, die Priemer und Co sind dabei, den gleichen Weg zu gehen. Heute schon bereiten sie sich darauf vor, das Vaterland für die Imperialisten zu verteidigen.

SDAJ - Sozialismus in Worten - Imperialismus in Taten.

Die SDAJ stellt in der Studie Soldat 70 gross heraus: "Die Bundeswehr soll ein perfekt funktionierendes Instrument in der Hand einiger Generäle ... und einiger Rüstungsbosse werden. ...Eine technisch so reformierte Armee mit weitgehend unkontrollierten Machtbefugnissen ihrer Führung und einem willfährigen Verteidigungsminister haben in den USA die Voraussetzungen für den Vietnamkrieg und den Eingriff in Kambodscha geschaffen." Die SDAJ tut also so, als sei die Armee kein Instrument der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Sie will der Arbeiterjugend einreden, der imperialistische Staat und seine Armee stünden freischwebend über den Klassen. Daraus folgert sie scheinheilig, dass der Kampf nur um die Ersetzung einiger Personen durch andere zu gehen brauche. Die SDAJ fasst diesen Betrug unter der Losung zusammen: "Mehr Demokratie in der Bundeswehr!" In den Thesen der D'K'P heisst es deshalb: "Um (den Krieg) ein für allemal unmöglich zu machen, muss der Einfluss dieser reaktionären Kräfte Schritt für Schritt überwunden werden." Daneben wird die Losung ausgegeben: Umwandlung der Bundeswehr in eine Verteidigungsarmee, deren Ausbildung und Stärke der Perspektive der Entspannung in Europa entspricht. Die D'K'P- und SDAJ-Führer wollen also nicht nur die Arbeiterklasse ideologisch entwaffnen, sondern sie setzen sich aktiv für die Armee der Imperialisten ein, die einzig und allein die Aufgabe hat, andere Völker zu überfallen und das eigene Volk gewaltsam niederzuhalten, die Revolution zu ersticken.

Das Kapital, seine Staatsmacht und dabei hauptsächlich die Armee, werden darum niemals freiwillig abtreten, oder sich Schritt für Schirtt "zurückdrängen" lassen.

Es ist eine Tatsache, dass sich die Imperialisten gegen die Arbeiterklasse bewaffnet haben. Der Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz am Roten Antikriegstag 1972, beim Breschnew-Besuch und die Polizeieinsätze gerade der letzten Zeit gegen Streiks wie in Lippstadt und Neuss oder die kämpfende Bevölkerung von Nordhorn, die Ankündigungen von noch härteren Einsätzen im Herbst zeigen der Arbeiterklasse die Wahrheit: **Die 'demokratisierte' Verteidigungs - armee, wie sie die Revisionisten darstellen wollen, ist eine Armee zur Verteidigung der Herrschaft der Ausbeuterklasse gegen die Revolution der Arbeiterklasse, zur "Verteidigung" der imperialistischen Aggressionen.**

Allein die Diktatur des Proletariats sichert den Frieden.

Anknüpfend an diese eigenen Erfahrungen der Arbeiter werden die KPD/ML und die Rote Garde die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staates überzeugen und auf den Weg der sozialistischen Revolution führen. Wie die D'K'P- und SDAJ-Revisionisten die Armee und die Polizei zur Verteidigung der Demokratie einzusetzen gedenken, haben sie bereits bewiesen. Als im letzten Jahr die KPD/ML, die Rote Garde und andere fortschrittliche Organisationen den heiteren Spielen die Maske vom Gesicht rissen, der reaktionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegensetzten, als in Bonn in einer mutigen antiimperialistischen Aktion das Rathaus besetzt wurde, verglich die SDAJ uns mit der NPD und stellte sich auf die Seite der Ordnung, begrüsste sogar den Einsatz der Polizei. So sieht die Verteidigung der Demokratie bei der SDAJ aus, und wir werden noch mehr erleben, wenn die revolutionären Kämpfe zunehmen. Mit ihren verräterischen Theorien versucht die SDAJ die Arbeiterjugend zu entwaffnen und so die Klassenherrschaft der Imperialisten aufrechtzuerhalten.

Gerade jetzt zum 1. September verstreut sie ihr Gift in den Kasernen, in den Betrieben, den Schulen und Hochschulen.

Wir stellen am 1. September die Frage Reform oder Revolution. Wir werden der Arbeiterjugend klarmachen, dass der imperialistische Krieg nur beseitigt werden kann, wenn sie zu den Waffen greift und gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern die Herrschaft der Imperialisten stürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet. Deshalb fordern wir die Jugendlichen auf: Verweigert nicht den Kriegsdienst, erlernt in der Bundeswehr das Waffenhandwerk. Soldaten, Jungarbeiter und Lehrlinge, Schüler und Studenten, organisiert euch in der Roten Garde!



Rotgardisten, setzt alles daran, die Arbeit in der Armee zu verstärken, erzieht und organisiert eure Klassengenossen in der Bundeswehr zum Krieg gegen die Imperialisten, zum Krieg gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die Befreiung der Arbeiterklasse.

VORWÄRTS ZUM ROTEN ANTIKRIEGSTAG!

Vor Gericht: Demonstranten gegen Fahrpreiserhöhungen

Am Donnerstag, den 30.8.73 beginnt im Amtsgericht Würzburg der Prozess gegen zwei Demonstranten, die am 2. 9. 72 bei einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr teilgenommen hatten.

Die KPD/ML hatte damals aufgerufen, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen zu wehren. Innerhalb weniger Tage waren mehr als 800 Unterschriften gesammelt worden. Am 1. und 2.9. steigen kleine Gruppen in die Strassenbahnen, fuhren Nulltarif und verteilten Flugblätter an die Mitfahrenden.



Würzburger Demonstrant nach der 'Vernehmung'

Heute, ein Jahr später, hat sich eine breite Kampffront gegen Lohnraub und Teuerung entwickelt. Der entschlossenste und organisierteste Kampf findet in den Betrieben statt. Mit dem brutalen Einsatz der Staatsgewalt - wie bei John Deere, Hella und bei der Pieburg KG in Düsseldorf - versucht die Bourgeoisie die führende Klasse in dieser breiten Bewegung einzuschüchtern. Umsonst, wie der mutige Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen und die wachsende politische Erfahrung in dieser Bewegung zeigt.

Um genau eine solche Entwicklung zu verhindern, ging die Bourgeoisie gegen die ersten Anfänge der Bewegung, besonders wenn sie unter Führung der KPD/ML stand, brutal vor.

Foltermethoden bei der Würzburger Polizei

Die vor dem Amtsgericht angeklagten Demonstranten wurden am 2.9. bei einem Prügeleinsatz vor dem Kaufhaus Neckermann festgenommen. Einer von ihnen wurde in Handschellen abgeführt, der andere so brutal geschlagen, dass er das Bewusstsein verlor und erst auf der Wache wieder zu sich kam. Weder Malteserhelfer noch ein Arzt wurden zu ihm gelassen. **Auf den Protest des Mitgefangenen, ein Polizist: Mir ist das egal, wenn ihr verreckt.** Zwei der Polizisten, Landgraf und Zucker, heute: der Demonstrant habe den Bewusstlosen markiert.

Weil die Festgenommenen auf der Wache auf ihren Rechten bestanden, wurden sie 'abgemetzgert' (Spezialausdruck bei der Polizei):

Der Genosse, der mit Handschellen gefesselt war, wurde bäuchlings auf den Boden geworfen. Die Polizisten zogen ihm die Jacke über den Kopf und schlugen auf ihn ein, bis er bewusstlos war. Der Polizist Konrad Meier schlug dann den anderen so zusammen, dass er aus Mund und Nase blutete, eine Augenverletzung und Blutergüsse am ganzen Körper und eine Gehirnblutung bekam.

Der andere Genosse, wurde, nachdem er das Bewusstsein wieder erlangte, auf einen Stuhl gesetzt und von mindestens zwei Polizisten noch einmal geschlagen.

Beide Genossen mussten nach ihrer Entlassung in ärztliche Behandlung. Einer von ihnen lag eine Woche im Krankenhaus. Eine Anzeige gegen den Polizisten Meier wegen schwerer Körperverletzung im Amt wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Stattdessen wurden sie selbst angeklagt: sie sollen fortgesetzt die Personalien verweigert, fortgesetzt Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet, einen Strassenbahnbediensteten geschlagen, einen anderen schwer verletzt haben.

Wenn die Genossen am 30.8. vor Gericht stehen, dann werden sie von dem eingesetzten Richter keine Rechtssprechung erwarten. Er hat die Aufgabe, den Terror dieses Staates zu verherrlichen. Die Genossen haben gegen diesen Terror in Würzburg auf der Strasse gekämpft und sie werden diesen Kampf im Gerichtssaal weiterführen.

NIEDER MIT POLIZEI- UND JUSTIZTERROR!

FEISPRUCH FÜR DIE BEIDEN DEMONSTRANTEN!

Presseerklärung

Heidelberg, den 15. August 1973

Als Verteidiger des wegen Paragraf 129 StGB (Kriminelle Vereinigung) in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken sitzenden Wolfgang Grundmann teilen wir folgendes mit:

Das Amtsgericht sowie das Landgericht Kaiserslautern hat durch Beschlüsse vom 8. Januar 1973 bzw. vom 22. Juni 1973 einen Brief von Herrn Grundmann an einen Verwandten von der Beförderung ausgeschlossen, weil er folgenden Passus enthielt:

"Was jetzt an mir praktiziert wird, ist 1. eine Vorwegnahme der möglichen Strafe, und 2. empfinde ich diese Massnahme als psychologische Folter, die erreichen soll, dass ich - als politischer Gefangener - zerstört werden soll. Ausserdem werden die politischen Gefangenen zu Versuchszwekken benutzt, um festzustellen, wie lange ein Mensch in totaler Isolation überleben kann. Unterschwellig spekulieren diese "Herren" auf Selbstmord. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Menschen über 300 Tage ununterbrochen in einer kleinen Zelle festgehalten werden und ebenso lange mit keinem Menschen sich unterhalten können" ... "Es gibt kaum einen Gefangenen, der nicht haftgeschädigt ist, um nicht das Wort krank zu gebrauchen."

Dieser Passus ist nach den Gerichten, die die entsprechenden Isolationsmassnahmen selbst angeordnet haben, als "beleidigend" und die Ordnung der Anstalt gefährdend angesehen worden. Das Landgericht Kaiserslautern hat in seinem Beschluss die Nichtbeförderung begründet damit, die "gröblich entstellende" Mitteilung des Herrn Grundmann sei "geeignet, die Öffentlichkeit zu erregen."

Gegen die weitere Beschränkung der Kommunikationsmöglichkeit auch unter Verwandten, die in diesem Beschluss zum Ausdruck kommt, haben wir mit dem Rechtsmittel der Verfassungsbeschwerde das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angerufen.

Laubscher
Becker
Becker
Rechtsanwälte

69 Heidelberg
Märzgasse 7
Tel 06221/46582



Hände weg von Ulrike Meinhof

Immer merh Menschen empören sich gegen die faschistischen Methoden, mit denen die Bourgeoisie gegen die Revolutionärin Ulrike Meinhoff vorgehen will. Unter anderem haben 28 Assistenten der Psychiatrischen Universitätsklinik der Psychosomatischen Universitätsklinik und der Medizinischen Universitätsklinik in Heidelberg in einem offenen Brief an Professor Witter, der den Eingriff an Ulrike Meinhof durchführen soll, erklärt:

"...Darüber hinaus halten wir körperliche Eingriffe bei Gutachtertätigkeit gegen den Willen des Betroffenen mit den Grundsätzen ärztlichen Denkens für nicht vereinbar, wenn nur der geringste Zweifel daran besteht, dass der Eingriff die Gesundheit des zu Begutachtenden beeinträchtigen könnte. Werden nicht hier von uns Ärzten selbst die strengsten Masstäbe angelegt, liessen sich letztlich mit dem Paragrafen 81a StPO (danach werden körperliche Eingriffe zu Untersuchungszwecken ohne Einwilligung des Beschuldigten erlaubt, wenn kein Nachteil für seine Gesundheit zu befürchten ist-RM) auch moderne Foltermethoden begründen, die keine sichtbaren Gesundheitsschäden hinterlassen.

Auch die Vergangenheit, in der sich deutsche Ärzte zu Büttel verbrecherischer Methoden und Untersuchungen haben machen lassen, mahnt uns zu strengem Befolgen der Grundsätze, die in der Präambel der ärztlichen Berufsordnung niedergelegt sind..."

Diese Erklärung der Ärzte ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Bourgeoisie die Friedhofsruhe, die sie mit ihrem zunehmenden Terror erreichen will, nicht erreichen wird. Im Gegenteil erwächst in der Abwehr dieser Angriffe eine neue Kampffront, in die sich immer breitere Schichten einreihen.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese Schichten unter der Führung des Proletariats im revolutionären Kampf zu vereinigen. Der Kampf muss so geführt werden, dass die Zahl derer wächst, die bereit sind, vom Kampf gegen die einzelnen Terroristen im Staatsdienst zum Kampf gegen den imperialistischen Staat selbst überzugehen und ihn in der bewaffneten Revolution zu zerschlagen. Nur dann wird die Zahl derer wachsen, die erkennen, dass der Kampf gegen den Terror des Staatsapparates nur siegreich geführt werden kann, wenn er unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML steht.

Freiheit für Uli Kranzusch

Am 11.8.73 fand in Köln eine Demonstration für die sofortige Freilassung des Genossen Ulrich Kranzusch statt. Er wurde anlässlich der Demonstration gegen den Faschisten Thieu und seine Bonner Helfer festgenommen. Seitdem sitzt er im Gefängnis in Köln-Ossendorf. Die Anschuldigung der Staatsgewalt lautet unter anderem auf "Totschlagversuch an einem Polizisten" (mit einer Eisenstange!). Keinerlei Beweis konnte dafür bisher angeführt werden. Trotzdem wird Genosse Kranzusch jetzt schon wochenlang in Isolierhaft gehalten.

Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten verschiedene Massenorganisationen der "KPD". Sie vertrat die Meinung, dass eine kommunistische Organisation bei solch einer Demonstration nicht offen auftreten dürfe. Geht es um den Kampf gegen politische Unterdrückung, so haben Kommunisten "fortschrittliche Demokraten" zu sein. Eine solche Haltung, die unter dem Namen des Marxismus-Leninismus die Arbeiterklasse in die Irre führt und so tut, als könne der Kampf gegen politische Unterdrückung erfolgreich sein, wenn er nicht gegen den imperialistischen Staat geführt wird, wenn er nicht die Perpsektive des bewaffneten Sturzes dieses Staates hat, ja sogar die Propaganda dafür verbietet, kann die KPD/ML nicht unterstützen. Sie muss bekämpft werden. Auf dieser Grundlage konnte natürlich die Ortsgruppe der KPD/ML auch keine Aktionseinheit eingehen. Sie nahm als eigener Block an der Demonstration teil. **Unterstützt wurden revolutionäre Forderungen gegen die politische Unterdrückung. Vor allem aber wurde der revolutionäre Ausweg propagiert: "Die Bourgeoisie fordert unser Verbot - wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot! Vorwärts mit der KPD/ML!" usw.**

Die Bevölkerung verfolgte die Demonstration sehr interessiert. Das Riesenaufgebot von Polizei und "Zivilen" trug mit dazu bei, dass viele Passanten für unsere Genossen Partei ergriffen. Es gab viele Diskussionen. Zahlreiche RMs konnten verkauft werden.

Im Gegensatz dazu machten die Führer der "KPD" ein grosses Geschrei gegen die revolutionäre Propaganda und versuchten, die Genossen zum Schweigen zu bringen. Die revolutionären Genossen der "KPD" und ihrer Massenorganisationen müssen sich überlegen, dass sie sich mit dieser Politik ihrer Organisation objektiv auf die Seite der D'K'P-Revisionisten stellen. Was ist denn das Bestreben der Bourgeoisie bei ihrem Gesinnungsterror gegen die Kommunisten und die kämpfende Bevölkerung? Der militante Kampf Klasse gegen Klasse soll gebremst, der revolutionäre Kampf gegen den imperialistischen Staat soll unterdrückt, die führende Kraft in der Revolution, die Kommunistische Partei, soll ausgeschaltet werden.

Wenn die Führer der "KPD" bei ihrem Kampf gegen die politische Unterdrückung selber auf die Kommunistische Agitation und Propaganda verzichten und der KPD/ML verbieten wollen, als Kommunistische Partei aufzutreten und für die bewaffnete Revolution und die Diktatur des Proletariats zu demonstrieren, kämpfen sie damit objektiv für das gleiche Ziel wie die Bourgeoisie und die modernen Revisionisten auch: Für einen Kampf ohne revolutionäre Perspektive, ohne Kommunistische Partei.

Albanien blüht - Erfahrungen eines Urlaubs

Durres. Im Juni sind wir, eine Gruppe von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei und der Roten Garde für 14 Tage nach Durres in Albanien zum Urlaub gefahren.

Dank der vorbildlichen Organisation durch die staatliche Reiseorganisation "Albturist" konnten wir viele Mussen, Fabriken and landwirtschaftliche Produktionsstätten besichtigen.

Hier möchten wir als Beispiel für den sozialistischen Aufbau über das Staatsgut "Sukth" berichten. Es wurde 12 Tage nach der Befreiung Albaniens, am 21. November 1944 mit 900 ha Anbaufläche gegründet. Das Land und 5 Trecker wurden von einer italienische Landgesellschaft enteignet, die zuvor Arbeitskräfte und das Land Albaniens rücksichtslos ausgebeutet hatten.

Diese Form des Produktionsbetriebes auf dem Land versetzt den Staat immer besser in die Lage, die Nahrungsbedürfnisse des albanischen Volkes zu befriedigen und darüber hinaus sogar für den Export zu produzieren. Die hohe Leistungsfähigkeit dieses Staatsgutes wird an folgenden Zahlen deutlich: Bis 1973 wurde die Ackerbaufläche von 90 ha auf 8 000 ha erhöht. Dazu wurden 2 000 ha Weideland gewonnen. Der Boden wurde ausschliesslich durch Trockenlegung von Sumpfgebieten und durch Terassenbau an den Hügeln urbar gemacht. Bei 4400 Arbeitern und 220 Angestellten verfügt das Staatsgut heute über zahlreiche Landmaschinen. So zum Beispiel 200 Traktoren, 30 Mähdrescher und über riesige Tomatengewächshäuser, wo 17 t pro ha und Jahr geerntet werden. Auch die Milchwirtschaft macht erhebliche Fortschritte, 300 Kühe gibt es augenblicklich auf dem Staatsgut.

Ohne Kampf gegen den modernen Revisionismus keinen sozialistischen Aufbau

Als die sowjetischen "Spezialisten" 1960 aus Albanien hinaus geworfen wurden, weil sie eine verbrecherische Politik des Boykotts des Aufbaus des Sozialismus durchzuführen versuchten (Chruschtschow: Albanien soll unser blühender Zitronengarten werden) nahmen sie hinterlistig alle vorhandenen Pläne zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft mit. **Aber das albanische Volk stützt sich auf seine eigenen Kräfte. Wie zuvor schon junge albanische Spezialisten heftig und mutig kritisierten und die richtige Politik im Staatsgut Sukth durchgesetzt hatten, so brachten sie jetzt sie landwirtschaftliche Produktion schnell voran.**

Zwei Beispiele zeigen dies deutlich:

In Sukth wurde der Getreideertrag von 1,6 t je ha (1960) auf 3,0 t (1972) erhöht, die Weinernte steig von 2,7 t (1960) auf 10 t (1972) pro ha.

So wurde den modernen Revisionisten und Sozialimperialisten der Sowjetunion ein schwerer Schlag versetzt. So wurde vor aller Welt ein revolutionäres Beispiel dafür gegeben, wie auch ein kleines Land im Vertrauen auf die eigene Kraft und Leistung einer korrekter kommunistischen Partei grosse Fortschritte im Aufbau des Sozialismus macht. Das ist für uns ein grosser Anspom.

Wachsender Wohlstand für die Massen

Der grosse Fortschritt drückt sich genauso im Leben des einzelnen Arbeiters im Staatsgut Sukth aus. Er verdient je nach Quantität und Qualität seiner Leistung zwischen 500 und 600 Lek (der Direktor bekommt 1 000 Lek) im Monat bei einer 6 mal 6 Stunden-Woche. Überstunden werden durch Freizeit ausgeglichen. Bei 25-jähriger Arbeitszeit (auch bei unterschiedlichen Arbeitsstufen) beträgt die Pension 100% des Lohnes, berechnet an dem Durchschnitt der besten Löhne der letzten 10 Jahre. Weil der Landarbeiter etwa 100 Lek weniger verdient, als ein Industriearbeiter, erhält er Narhungsmittel billiger. Für jede Arbeitssektion gibt es eine Kinderkrippe, Kindergarten, ärztliche Versorgung, Hebamme usw. In den Arbeitssektionen blüht ein reiches politisches und kulturelles Leben.

Auch wenn keine Arbeit da ist, oder wenn Unwetter einen Arbeitseinsatz unmöglich machen, garantiert das Staatsgut 50% des Lohnes. Wenn man dann noch bedenkt, dass die Wohnungen höchstens 2% des Lohnes an Miete kosten, dass die Sozialeinrichtungen z.T. kostenlos zum anderen Teil sehr billig sind, wenn man weiter bedenkt, dass der albanische Staat schon heute dem Volk ein hohes Verbrauchsniveau garantiert (im Gegensatz zu Westdeutschland und allen anderen kapitalistischen Ländern, wo die Ernte-vernichtung subventioniert wird und das Volk zum Masshalten aufgerufen wird) wenn man sich schliesslich erinnert, dass Albanien 1944 von den italienischen und Hitlerfaschisten verwüstet wurde und Albanien das rückständigste Land in Europa war, dann weiss man, welche heldenhafte Taten das albanische Volk vollbracht hat, zu welchen es noch fähig sein wird.



Proletarische Demokratie

Die wichtigste Bedingung dafur aber ist, dass die Albaner unter Anleitung der Partei der Arbeit Albaniens die Macht weiterhin ausüben. So wird im Staatsgut Sukth keine Entscheidung getroffen, die nicht mit den Arbeitern diskutiert wurde. Täglich muss die Verwaltung auf dem Feld mit den Arbeitern über die anstehenden Probleme sprechen. Zusätzlich werden Blitzbriefe geschrieben, in denen jeder aufzeigt, wo Fehler gemacht werden. Die Blitzbriefe müssen von den Betroffenen innerhalb von 4 Tagen beantwortet werden. In schwerwiegenden Fällen werden Versammlungen einberufen, wo die Betroffenen Rechenschaft ablegen müssen und gegebenenfalls Selbstkritik üben müssen. Weiter muss jeder, der in der Verwaltung beschäftigt ist, für 1 bis 2 Monate im Jahr Handarbeit leisten, damit er sich nicht von den Massen isoliert.

Ein Beispiel für das Anwenden des demokratischen Zentralismus ist die Art und Weise wie der 5-Jahresplan aufgestellt und umgesetzt wurde. Vom Zentrum her werden bestimmte Richtwerte zum Staatsgut Sukth gegeben. Dort wird dann lange und ausführlich diskutiert, was realisiert werden kann, welche Pläne verändert werden müssen, wo mehr geleistet werden kann usw. Zentral werden die Pläne dann zusammengefasst und wieder "nach unten" gegeben. Erst nach nochmaliger Diskussion an der Basis werden sie beschlossen. Dieser Vorgang dauert mehrere Monate.

Dass dies nicht leere Theorien sind, sondern dass dieses Kontrollsystem auch durchgeführt wird, davon haben wir uns mit eigenen Augen überzeugen können. Unser Vertrauen in die korrekte Politik der PAA konnte auch für diesen Bereich sehr gefestigt werden. All dies zeigt die ungeheure Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus.

Vom albanischen Volk lernen

All dies aber konnten wir erst dann richtig begreifen, als wir bereit waren, uns selbst umzuerziehen.

Um es vorweg zu nehmen - wir sind beileibe nicht total umerzogen, aber wir haben einiges gelernt. Mit dieser Erziehung fing das albanische Volk bereits auf dem Flugplatz an, wo die westliche Mode - lange Haare" Vollbart, lange Kotteletten und "Schlaghosen" bekämpft wurden. Erst später begriffen wir, dass der Staat der Diktatur des Proletariats längst den Kampf gegen diese Erscheinungsformen des Individualismus aufgenommen hat, dass es eine Existenzfrage für das albanische Volk ist, ob die Diktatur des Proletariats erhalten bleibt und gefestigt wird oder nicht.

Unsere anfängliche Kritik daran war nichts als verletzte Eitelkeit, begriff aber nicht den Klassencharakter des Problems.

Anfangs begriffen wir auch nicht, dass wir gekommen waren, um die Probleme des albanischen Volkes zu verstehen. Sehr überheblich wurden einzelne Erscheinungsformen als möglicherweise revisionistische Abweichungen kritisert (z.B. die überaus grosse Gastfreundschaft in schönen Hotels und die Bereitstellung moderner Busse). Erst in dem Masse, wie wir diese Arroganz ablegten, wie wir disziplinierter wurden und erkannten, dass wir nicht dadurch Marxisten-Leninisten sind, indem wir uns so nennen, sondern das durch unser bescheidenes und revolutionäres Auftreten unter Beweis stellen müssen, erst in dem Masse konnten wir die albanischen Probleme verstehen. Allen albanischen Genossen sind wir für ihre Geduld und Nachsicht zu Dank verpflichtet! Hier nahen vielen anderen am Schluss die Lehre des Brigadiers der Sektion "Tomatenbau", der früher armer Bauer war. (Wir hatten ihm den Roten Morgen Nr.20 mit dem Lebenslauf des Genossen Ernst Aust überreicht). Er sagte in seiner Abschiedsrede:

"Wir werden diesen Artikel übersetzen, auf unserer Versammlung verlesen und diskutieren, damit wir mehr über den Klassenkampf in Westdeutschland kennenlernen. Wir wünschen euch fur euren Kampf sehr viel Erfolg. Auch in Westdeutschland werden die Arbeiter und Bauern nur dann an die Macht kommen, wenn sie das Gewehr in die Hand nehmen! Wenn euer Genosse auch jetzt vielleicht ins Gefängnis muss - wir haben hier in Albanien ein Sprichwort dafür: Einer fällt und tausende stehen auf!"

Rote Garde Münster besucht Schanghaier Artisten

Vom 4. bis 6. Juli gastierte die Shanghaier Artistengruppe auf ihrer Tournee durch Westdeutschland in Münster. Die Rote Garde Münster nutzte die Gelegenheit, um in Flugblättern und auf Transparenten für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk zu werben. Freundschaft mit dem chinesischen Volk- das heisst für uns vor allem: Freundschaft mit dem siegreichen chinesischen Volk, das sich den Sozialismus erkämpft hat. Wir können deshalb gewiss sein, dass es uns bei dem Kampf für unser Ziel, dem Kampf für ein vereintes, unabhängiges" sozialistisches Deutschland unterstützen wird. Die Fahne der Roten Garde und die Fahne der Partei zeigten den Besuchern, dass die KPD/ML die wichtigste Waffe ist, um diesen Sieg hier bei uns zu erringen.

Manche mögen fragen, wie kann Artistik für den Sozialismus werben? Die Antwort darauf gibt ein Gespräch, das Rotgardisten mit einem Bühnenarbeiter führten. Er meinte zunächst, dass man ja doch wenig ändern könne. Immer gäbe es welche, die "oben" seien. Er lud aber dann die Genossen zur Veranstaltung ein und dabei erzählte er, was ihn bei der chinesischen Artistengruppe beeindruckte: Bei einer Akrobatennummer: "Der da ist ein Funktionär der Gruppe, den kenne ich. Bei den Bühnenarbeiten steht er nicht herum und lässt die anderen arbeiten. Der packt selbst mit an." Begeistert war er auch von der Ehrlichkeit der Arbeit: "Alles ohne Tricks und doppelten Boden. Alles echt!" Sogar bei den Arbeiten der deutschen Bühnenarbeiter haben die Künstler mitangepackt.

Also ein Stück sozialistische Wirklichkeit, ein Stück wirklicher Gleichberechtigung unter den Massen für jeden deutschen Besucher. Damit aber auch ein lebendiger Beweis gegen den sogenannten Sozialismus in der Sowjetunion, in der DDR und anderen revisionistischen Ländern, in denen ein solcher Kollektivgeist nicht möglich ist, weil die Grundlage des Staates nicht die Diktatur des Proletariats sondern die Diktatur einer neuen Bourgeoisie ist.

Sogar die Rotgardisten selber erlebten in dieser Beziehung eine Überraschung. Ein Genosse: Als ich beim ersten mal die Vorstellung sah, hatte ich eine Kritik: Bei der Verabschiedung nach der Vorstellung sah ich nur Artisten. Wo waren aber die Bühnenarbeiter, die ich während der Vorstellung hatte arbeiten sehen? Das Rätsel löste sich, als ich bei der zweiten Vorstellung ganz nah an der Bühne sass. Jetzt sah ich, dass alle Mitglieder der Gruppe Artisten und Bühnenarbeiter waren - nur in jeweils verschiedener Kleidung. Deshalb war es gar nicht möglich, dass die Bühnenarbeiter bei der Schlussnummer mit auftraten.

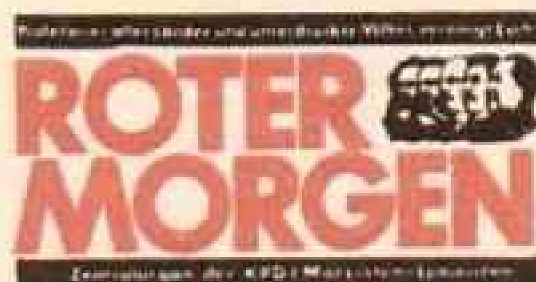
Am Sonntag dann wandten sich die Rotgardisten an die Begleiter der Artistengruppe und übergaben ihnen ein Geschenk der Roten Garde: Nummern des Roten Morgen und ein Buch, das den Kampf der KPD unter Thälmann zur Unterstützung der chinesischen Revolution schildert. Die chinesischen Genossen bedankten sich sehr freundlich und überreichten den Rotgardisten Anstecknadeln mit dem Tien-An-Men und Postkarten der Artistengruppe.

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

PROBENUMMER ☐

DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....

BERUF ....

POSTLEITZAHL, ORT ....

STRASSE ....

DATUM ....

UNTERSCHRIFT ....

Kontaktadresse: